93. Freitag den 20. April 1860. 93.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1½ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 20. April. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: dem odentlichen Professor an der Universität zu Berlin Dr. Droysen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, und dem Schullehrer Franke zu Mühlrose, im Kreise Rothenburg, has Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Der zeitige Vorsteher des Zentral-Büreaus des Ministeriums des Innern, bisherige Büreau-Assistent Ploetz, ist zum Geheimen expedirenden Sekretär ernannt worden.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 29. Infanterie-Brigade, von Etzel, von Köln.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 19. April, Abends. Die heutige „Oestreichische Zeitung" theilt mit, daß auch der neapolitanische Gesandte gestern ein Telegramm aus Neapel vom 17. d. erhalten habe, durch welches bestätigt wird, daß in Sicilien keine weiteren Ruhestörungen vorgekommen, daher alle anderen Nachrichten, welche ein früheres Datum haben, als antiquirt zu betrachten seien.

Die „Donauzeitung" theilt mit, daß dem Vernehmen nach dem „Straßburger Korrespondenten" der Postdebit in Oestreich entzogen worden sei.

Dresden, Donnerstag 19. April, Nachm. Das soeben erschienene „Dresdner Journal" enthält ein Telegramm aus Frankfurt a. M., nach welchem Kurhessen in der heutigen Sitzung des Bundestags erklärt hat: Die kurfürstliche Regierung genehmigte außer den vom Bunde zur Berücksichtigung aufgegebenen, auch sämmtliche nicht bundeswidrige Anträge der Stände, welche nicht auf die Verfassung von 1831 gegründet sind. Die kurfürstliche Regierung wird demgemäß die Verfassung behufs Garantie des Bundes sobald als thunlich überreichen.

Frankfurt a. M., Donnerstag 19. April, Nachmitt. In der heutigen Sitzung des Bundestages erklärte sich Kurhessen bereit, dem Bundesbeschlusse vom 24. März nachzukommen. — Ein Protest des Großherzogs von Toscana gegen Einverleibung Toscana's in Sardinien wurde überreicht.

(Eingegangen 20. April 8 Uhr Vorm.)

Paris, Freitag 20. April, Morgens. So eben hier eingegangene Nachrichten aus Palermo vom 11. d. bekunden, daß die Ruhe noch immer nicht gänzlich hergestellt ist. Die Garnison macht noch täglich Ausfälle. Die Mitglieder des Aufruhrkomité's sind zum Tode verurtheilt; der König hat die Hinrichtung am 11. d. befohlen. Ein Telegramm aus Messina vom 16. d. meldet, daß dort Ruhe herrsche.

Nach den neuesten Mittheilungen aus Konstantinopel hatte die serbische Deputation (s. unsre gestr. Ztg.) dort eine sehr schlechte Aufnahme gefunden. Die Pforte ist zu ernstlichem Widerstande entschlossen und will 30,000 Mann zu diesem Zwecke zusammenziehen. Ritter von Prokesch, der östreichische Gesandte, ist deshalb nach Wien gegangen. — Uebrigens ist das östreichische Kabinet in der Kirchenangelegenheit (s. Nr. 89) als Protektor eingetreten.

(Eingeg. 20. April 9 Uhr 20 Minuten Vormittags.)

London, Freitag 20. April, Morgens. In der so eben beendeten Nachtsitzung des Unterhauses erklärt Horsman: Die letzte Depesche des Ministers Thouvenel bekunde, daß die englische Regierung weder gegen die Beleidigung der Schweiz noch gegen die Verletzung der Verträge von 1815 durch Frankreich protestirt habe. Er fragt an, ob diese Depesche Thouvenel's beantwortet worden, ob die Verhandlungen wegen der Stellung Savoyens noch fortdauern oder ob die Angelegenheit beendet sei und welches politische Prinzip die englische Regierung künftighin befolgen wolle; er spricht sein lebhaftes Bedauern aus, daß Lord Russell nicht eine festere und energischere Sprache gegen Frankreich geführt habe.

Darauf entgegnet Lord Russell: England habe seine Meinung über die savoyische Angelegenheit energischer ausgedrückt, als andere Mächte; weiter könne es nicht gehen. Die Frage wegen der Abtretung der durch die Verträge von 1815 neutralisirten Provinz beschäftige gegenwärtig die europäischen Kabinette; Frankreich opponire nicht dem Zusammentreten einer Konferenz, und die englische Regierung wünsche die vollständige Unabhängigkeit der Schweiz. Auf Details könne er jetzt nicht eingehen, nur das wolle er noch sagen, daß die Regierung die Depesche Thouvenels beantwortet und dabei die Gründe für die Meinungsverschiedenheit in der Annexionspolitik dargelegt habe. Eine Antwort Thouvenels darauf sei bisher noch nicht eingegangen.

(Eingeg. 20. April 11 Uhr 5 M. Vormittags.)

Wien, Freitag 20. April. Die heutige „Wiener Zeitung" enthält zwei kaiserliche Handschreiben. Nach dem ersten wird der Erzherzog Albrecht auf sein Ansuchen vorläufig seiner bisherigen Stellung als Generalgouverneur und kommandirender General von Ungarn enthoben. Das zweite überträgt provisorisch die Leitung der politischen Verwaltung und das Landesgeneralkommando in Ungarn dem Feldzeugmeister Benedeck. Die bisher bestandenen fünf Statthalterei-Abtheilungen werden zu einer, dem FZM. Benedeck unmittelbar unterstehenden „Statthalterei Ofen" vereinigt.

Sodann heißt es in dem Handschreiben: „Es ist Meine Absicht, für die Angelegenheiten der politischen Verwaltung Komitatsverwaltungen einzuführen, und denselben, nach Art des vormaligen Systems der Komitatskongregationen und Ausschüsse, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Zusammensetzungen und Wirkungskreise beizugeben. Ich befehle, daß nach dem Inslebentreten der Gemeindeordnung und der Komitatsverfassung die Anträge in Betreff des Landtages vorbereitet werden, damit das in allen Kronländern einzuführende Prinzip der Selbstverwaltung durch Orts-, Bezirks- und Komitatsgemeinden, durch Landtage und Landtagsausschüsse, auch in Ungarn zur Geltung gebracht werde."

Der Adlatus des Erzherzogs Albrecht, Geh. Rath und Kämmerer, Feldmarschallieutenant Graf Franz Haller, ist auf sein Ansuchen pensionirt worden.

(Eingeg. 20. April 12 Uhr 10 Minuten Nachm.)

CH Posen, 20. April.

Bei allem Ernst der Situation macht es einen fast komischen Eindruck, wenn man die Wendungen betrachtet, in welchen sich die Depeschen Englands und Frankreichs über die savoyische Frage bewegen. Man glaubt eher einer gelehrten Disputation über ein philologisches Thema beizuwohnen, als einem Streit über hochwichtige Fragen, welche Europa in Brand setzen können, und die beiden Kabinette, deren Beschluß furchtbare Streitkräfte zu Land und zur See in Bewegung zu setzen vermag, hadern um die Bedeutung einzelner diplomatischer Ausdrücke, als wenn eine gelungene Definition, und nicht das Gewicht der Macht und der Ereignisse über den Bestand und die Verhältnisse der Staaten zu entscheiden hätte. Napoleon III. hat aus eigener Machtvollkommenheit, nach dem Grundsatze: car tel est mon plaisir, einen Anspruch auf den Besitz Savoyens und Nizza's erhoben: das ist schlimm. Er hat in dieser Sache zugleich so kühn und so geschickt operirt, daß er ohne Rücksichtnahme auf die Festsetzung der Verträge, auf die Einwendungen der Großmächte und auf den Nothschrei der Schweiz sein Unternehmen zu Ende führen kann und von keiner Seite einen thatsächlichen Widerstand besorgen darf: das scheint uns viel schlimmer. Doch Lord Russell hat noch einen andern Kummer ernster Art. Er nimmt einen besonderen Anstoß an dem Worte revendication (Zurückforderung), welches der Kaiser der Franzosen in seiner jüngsten Thronrede gebraucht hat, und vertieft sich in gelehrten Forschungen, um den Sinn und die Tragweite dieses Ausdruckes zu ergründen. Das Dictionnaire de l'académie française ist dem britischen Minister zur Hand; er erfährt, daß eine „revendication" nur dann statthaben kann, wenn man ein Ding fordert, auf welches man ein Recht zu haben vermeint, und verlangt nun Aufklärung, auf welches vermeintliche Recht Frankreich seine „Rückforderung" stütze, indem er darauf hinweist, daß jenes Revindikationsprinzip konsequenterweise einen Anspruch auf alle diejenigen Gebiete begründen könnte, welche einst dem selbst weit über die Alpen und den Rhein hinübergreifenden Reiche des ersten Napoleon angehört haben.

Die jüngst bekannt gewordene französische Depesche vom 15. März zeigt uns, daß Herr Thouvenel die sprachwissenschaftlichen Untersuchungen des britischen Staatssekretärs fortgesetzt hat. Wunderlicherweise richtet der französische Minister seine Erörterungen über das Wort revendication nicht nach London, sondern an die deutschen Kabinette, als wenn er in den englischen Vorhaltungen nur eine freundschaftliche Mahnung fände, gewisse Besorgnisse zu beschwichtigen, welche sich diesseit des Rheines kundgegeben haben. Gegen die Autorität des akademischen Wörterbuches, welches der edle Lord ins Feld geführt hat, versucht Herr Thouvenel keinen Einspruch; er bekennt, daß Frankreich von keiner „Revindikation" sprechen dürfte, wenn es nicht ein Recht auf Savoyen zu besitzen glaubte. Aber Frankreich sei weit entfernt, seinen Anspruch auf die Erinnerung an einen früheren Besitzstand zu knüpfen, sondern finde sich einfach durch „gewisse rein der Gegenwart angehörende Umstände" gedrängt. Durch die Vergrößerung Sardiniens werde die Stellung Frankreichs an den Alpengrenzen wesentlich beeinträchtigt, und aus dieser Veränderung der Machtverhältnisse jensei's der Alpen entspringe für den Kaiser das „Recht", eine Gebietsabtretung von Piemont zu verlangen.

Ob hiermit die Definitionsbedenken Lord Russell's zum Schweigen gebracht sind, müssen wir dahingestellt sein lassen. Doch Eines wissen wir bestimmt: Die öffentliche Meinung in Deutschland wird sich durch solche Auseinandersetzungen nicht in den Schlaf wiegen lassen. Der nach der europäischen Diktatur strebende Napoleonide ist ein gar verschlossener Mann, der keiner Seele vor der Zeit verrathen wird, ob er nach den Grenzen von 1814 oder nach dem Riesenreiche einer frühern Zeit strebt; aber es ist für jedes politische Urtheil völlig gleichgültig, ob er seine sogenannte Revindikation auf eine durch europäische Verträge beseitigte Tradition oder auf den Vorwand einer durch die Umstände gebotenen Sicherung seiner Grenzen stützt. Wenn Frankreich, auf die erzwungene Willfährigkeit eines schwächern Nachbars und auf das Gaukelspiel einer Volksabstimmung pochend, sich eigenmächtig das Recht auf Erweiterung seiner Grenzen zusprechen darf, dann fällt jede Bürgschaft für die Ruhe und den Besitzstand Europa's weg. Und freilich kann Napoleon mit einer gewissen Sicherheit auftreten, so lange eine Macht wie England seinen Anmaaßungen nichts Anderes entgegenstellt, als philologische Deuteleien.

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 19. April. [Vom Hofe; Reise des Prinz-Regenten nach Wittenberg; Abreise des Königs und der Königin von Sachsen; Verschiedenes.] Der Prinz-Regent und der Prinz Friedrich Wilhelm hatten sich heute früh 6¾ Uhr zur feierlichen Grundsteinlegung nach Wittenberg begeben. In ihrer Begleitung befanden sich die Minister v. Bethmann-Hollweg und Graf v. Schwerin, der Geheimrath Illaire, der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrathes v. Uechtritz, der Hofmarschall Graf Pückler, der Oberkonsistorialrath Prof. Dr. Nitzsch, die Geheimenräthe Lehnert und Dr. Pinder und die Adjutanten v. Alvensleben, v. Schweinitz ꝛc. Während der Fahrt konferirte der Prinz-Regent mit den Ministern und dem Geheimenrath Illaire. Ueber die Reise und Anwesenheit der hohen Herrschaften in Wittenberg erfahre ich Folgendes: Bei ihrer Ankunft auf dem Bahnhofe zu Wittenberg wurden die hohen Festgenossen von den Spitzen der Civil- und Militärbehörden, der Geistlichkeit, dem Festkomité ꝛc. ehrfurchtsvoll empfangen und begrüßt. Darauf begaben sich Höchstdieselben mittelst Extrapost mit ihrer Begleitung, unter dem Geläute aller Glocken, zur Stadt in die Kommandantur, wo sie sich umkleideten und das Dejeuner einnahmen. Bald darauf kam auch der Erbprinz von Anhalt-Dessau an. Nach dem Gottesdienste in der Schloßkirche fand der Akt der feierlichen Grundsteinlegung auf dem Marktplatze statt, der leider durch einen starken Regen sehr beeinträchtigt wurde. Die Festrede hielt der Oberkonsistorialrath Prof. Dr. Nitzsch. Nach dem Schluß dieser Feier begaben sich die hohen Herrschaften und die geladenen Gäste zum Diner in die Kommandantur. Nach Aufhebung der Tafel, ¾4 Uhr, verabschiedeten sich der Prinz-Regent und der Prinz Friedrich Wilhelm mit ihrer Begleitung und trafen um 5¼ Uhr Nachmittags hier wieder ein. Um dieselbe Zeit war auch der Erbprinz von Dessau nach Dessau zurückgekehrt. Die Vermuthung, daß auch noch andere protestantische Fürsten dieser bedeutungsvollen Feier beiwohnen würden, hat sich nicht bestätigt; namentlich glaubte man den Prinzen von Wales erwarten zu können. Der Prinz-Regent soll in Wittenberg mehreren Personen Orden verliehen haben. — Der König von Sachsen wohnte heute Morgen in der St. Hedwigskirche der Messe bei und besuchte darauf mit der Prinzessin von Preußen das neue Museum. Alsdann nahmen die hohen Herrschaften im Palais das Dejeuner ein und fuhr hierauf der König um 10 Uhr nach Schloß Sanssouci. Um 4¼ Uhr Nachmittags verließen die hohen Gäste Potsdam und trafen bald darauf hier ein, wo sie die Frau Prinzessin von Preußen und die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm und der Graf und die Gräfin von Hohenthal empfingen, zu ihnen in den Salonwagen stiegen und sie nach dem Anhalter Bahnhofe geleiteten, woselbst sich der Fürst von Hohenzollern zum Abschiede eingefunden hatten. Nach einer herzlichen Umarmung schieden die hohen Herrschaften von einander und der Separattrain ging nach Dresden ab. — Der General v. Neumann hat zu seinem sechszigjährigen Jubiläum die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden erhalten. — In würdiger Weise ist heute hier die Melanchthonfeier begangen worden. In den Schulen fiel der Nachmittagsunterricht aus. Zur Vertheilung kam eine Schrift: „Melanchthons Leben", vom Pastor Frege. — Der Staatsminister v. Auerswald ist noch immer krank und muß sogar das Bett hüten; doch soll sein Zustand keineswegs Besorgniß erregend sein.

⁂ Berlin, 19. April. [Die Reform der Bundeskriegsverfassung.] Es ist bereits in der Presse davon die Rede gewesen, daß die preußischen Vorschläge zur Reform der Bundeskriegsverfassung zu Bemerkungen und Gegenbemerkungen zwischen den beiden Großmächten Veranlassung gegeben haben. Diese Erörterungen, von eingehender Natur Seitens der östreichischen Regierung, sind es in erhöhtem Maaße von Berlin aus, dessen militärische Autoritäten die preußischen Vorschläge wacker vertheidigen. Preußen hält heute noch fest, daß die Verwirklichung der Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung für die beiden Großmächte rein illusorisch ist. Preußen hört auf die Mahnungen der Geschichte und warnt vor der Zukunft. Die Mahnungen haben nicht gefehlt, und so oft die Gefahr an den deutschen Bund herantrat, haben die deutschen Großmächte von der Bundeskriegsverfassung absehen müssen. Die Krisen von 1840, 1848 und 1859 sind sprechende Beweise hierfür. In den Vereinbarungen vom 28. November 1840, wie vom 20. März 1840, wo es sich darum handelte, Vorkehrungen wegen der von Frankreich her drohenden Kriegsgefahr zu treffen, ist der Bundeskriegsverfassung nicht gedacht, in so weit von der Aufstellung eines Bundesheeres unter einem Bundesfeldherrn darin die Rede ist. Man wird sich wohl noch der militärischen Konferenzen erinnern, welche zu Anfang des Jahres 1841 in Berlin stattfanden, und man wird in Wien nicht in Abrede stellen können, daß in einem Protokolle die Bevollmächtigten Preußens und Oestreichs dahin übereinkamen, daß für jeden vorkommenden Fall die wirkliche Lage der Sache zu Rathe gezogen und hiernach durch spezielle Uebereinkunft die Leitung der deutschen Heere geregelt werden müsse. Diese wirkliche Sachlage hat bisher stets die Nothwendigkeit der Doppelleitung bedingt und zwar haben hierauf die beiden Großmächte allein Anspruch, während sie

andererseits mit ihrer ganzen Heeresmacht für den Schutz Deutschlands einstehen müssen. Der wirklichen Sachlage in der Vergangenheit wie in der Zukunft liegen aber Gründe unter, welche keineswegs vorübergehender Natur sind. Die doppelte Führung im Kriege ist schon deshalb nothwendig, weil es zwei europäische Großmächte sind, die sich den übrigen deutschen Staaten solidarisch verbunden haben und die beiderseitig auf die Leitung der zur Aktion gerufenen gemeinschaftlichen Kriegsmacht nicht verzichten können. Ein Krieg Deutschlands ferner gegen einen der Nachbarstaaten kann nur dann angefangen werden, wenn mindestens eine der beiden deutschen Großmächte sich mit ihrer gesammten Heeresmacht an demselben betheiligt. Hierauf beruht die wahre Sicherheit Deutschlands. Aber wer in Deutschland glaubt wohl an die Möglichkeit, daß sich der Kaiser von Oestreich oder Preußens Herrscher der kriegsherrlichen Rechte über ihre Armee in dem von der Bundeskriegsverfassung geforderten Maaße entäußern würden, oder gar in das in Artt. XIV. u. XV. vorhergesehene Abhängigkeitsverhältniß würden treten wollen? Tritt die ganze östreichische und preußische Heeresmacht ein, so verlegt dies sofort den Schwerpunkt der Machtentfaltung Deutschlands außerhalb der Bundesorganisation; diese Macht dient den deutschen Truppen als Anlehnungspunkt und hiermit stellt sich die Oberleitung durch Preußen und Oestreich als natürliche Folge heraus. Hieraus folgt keineswegs, daß der Bund aus zwei einheitlich konstituirten Mächten bestehen soll, und noch weniger kann von einer Beeinträchtigung der kriegsherrlichen Rechte der deutschen Fürsten die Rede sein; höchstens begeben sich freiwillig Letztere des Wahlrechts zum Oberfeldherrn. Sonst aber bleiben ihre Rechte unangetastet. Wenn Preußen ferner die Selbständigkeit der einzelnen Bundeskontingente bekämpft und dieselbe als unverträglich mit der einheitlichen Konsolidirung des Bundesheeres ansieht, so ist es durch die Erfahrung und das Ergebniß der Musterungen dazu geführt worden. Diese Selbständigkeit hat bisher ganz entgegengesetzte Systeme innerhalb derselben Armeekorps zugelassen und die kriegstüchtige Ausbildung, so wie die einheitliche Formation sogar innerhalb der taktischen Einheiten der Divisionen, Brigaden und noch weiter herab vielfach verhindert, und 40 Jahre lang ist auf Beseitigung dieses Uebelstandes erfolglos hingearbeitet worden. Eine solche Zusammensetzung des Bundesheeres macht seine Verwendung nach den Anforderungen der neueren Kriegführung geradezu unmöglich. Eine einheitliche Gestaltung muß geschaffen werden; da aber Oestreich und Preußen als Großmächte ihre Organisationssysteme nicht aufgeben können, so ist der doppelt gegliederte Anschluß der Kontingente an die beiden Großmächte eine nicht abzuweisende Nothwendigkeit. Nehmen wir nun den Fall, daß Frankreich einen Offensivkrieg gegen Deutschland begänne; es wird drei Hauptoperationen einschlagen: die erste von Straßburg über den Schwarzwald, die zweite von Metz auf Mainz oder über Trier auf Koblenz, die dritte längs der Maas durch Belgien auf Köln. Mit der Hauptmacht wird Frankreich eine dieser Richtungen einschlagen, da sich aber nicht mit Gewißheit vorhersagen läßt, welche, so wird man Stellungen nehmen müssen, welche auf alle Eventualitäten berechnet sind. Das geschieht genügend so lange durch eine dreifache Gliederung, bis die Richtung des feindlichen Hauptangriffs sich ausgesprochen hat, worauf dann der Grundsatz der Vereinigung der Kräfte zur Geltung gelangen kann, während dessen Befolgung von vornherein die Manövrirfähigkeit der großen Armee vollständig vernichtet. Tritt eine der beiden deutschen Großmächte mit ihrer ganzen Macht ein, so handelt es sich um eine Macht von circa 500,000 Mann, also in drei Theile getheilt, könnte der schwächste Theil immer noch 100,000 Mann stark sein. Sollen 500,000 Mann sich vereinigen, so müssen sie leicht sich bewegen können. 500,000 Mann von einem Feldherrn befehligt? Wer gedenkt hierbei nicht der Feldzüge von 1813 bis 14? War es Fürst Schwarzenberg, dessen Verdienste nicht geschmälert werden sollen, mit seinen Anordnungen, oder waren es die kühnen Operationen, welche im Sinne des Operationsplanes, aber selbständig von einzelnen Generalen ausgeführt wurden, welche den Weg nach Paris öffneten? Wenn nur Ein Gedanke der leitende Beweggrund aller Operationen ist, dann können verbündete Heere auch ohne gemeinsamen Oberfeldherrn Bedeutendes leisten — das Jahr 1815 ist hiervon ein Beweis. Aber auch schon die Größe der Heeresmassen bedingt ein Auftreten auf verschiedenen Kriegstheatern, und hierbei ließe sich etwa folgende Einrichtung treffen: die Armeen des Mittel- und Niederrheins würden aus preußischen Truppen und dem 9. und 10. Bundesarmeekorps, diejenige des Oberrheins aus östreichischen und dem 7. und 8. Bundesarmeekorps bestehen. So hat es Oestreich in der Konvention von 1840 für zweckmäßig anerkannt, während es heute diese Gliederung bekämpft. Oestreich geht ferner auf die preußische Haltung im vergangenen Jahre zurück, wo Preußen die Vertheidigung der östreichischen Besitzungen in Italien ablehnte, und erwähnt einer Erklärung des Königs von Preußen aus dem Jahre 1840. Die östreichische Regierung vergißt, daß ein freiwilliger Akt von Großherzigkeit, welcher darin seinen Ausdruck fand, daß der König entschlossen war, einen einseitigen Angriff in Italien als einen Angriff auf deutsches Gebiet ansehen zu wollen, nicht zu Recht bestehend und bindend für alle Zeiten angesehen werden kann, die östreichische Regierung vergißt auch ferner, daß damals Rußland eine Reserve von 100,000 Mann zugesagt hatte. Dem preußischen Vorschlage, zwei Bundesfeldherren zu wählen, setzt Oestreich den andern entgegen, einen ständigen Feldherrn auf 5 Jahre zu wählen, wogegen Preußen beantragt, zwei Bundesinspektionen zu errichten, welche auf die Entwicklung und Ausbildung einen vortheilhaften Einfluß haben würden.

— [Neue Telegraphenverbindungen.] Wie der „BHZ." von der polnischen Grenze gemeldet wird, sollen die telegraphischen Verbindungen zwischen den Grenzorten unter einander und zwischen diesen und polnischen Ortschaften in nächster Zeit erheblich erweitert werden. Im Mai wird die Telegraphenleitung zwischen Thorn und Leibitsch vollendet sein, und soll dieselbe dann jenseit der Grenze über Plock nach Warschau fortgeführt werden. Demnächst wird eine Leitung zwischen Posen und Thorn mit Zwischenstationen in Gnesen und Inowraclaw schon im Juli in Angriff genommen und endlich nach Herstellung der Chaussee zwischen Thorn und Graudenz zwischen diesen beiden Punkten.

— [Historische Erinnerungen zur italienischen Frage.] In seiner „Geschichte Italiens", deren zweiter Theil so eben erschienen ist, bringt Dr. Hermann Reuchlin ein Aktenstück zur Oeffentlichkeit, welches jetzt, wo Oestreich gegen die Einverleibung von Modena und Parma in Sardinien protestirt hat, von besonderm Interesse ist. Während der Periode der englischen Vermittelung vor Radetzky's Siegen im Mai 1848 überreichte Frhr. vom Hummelaur im Auftrage des Ministers Ficquelmont eine Denkschrift an Palmerston, worin folgende Lösung vorgeschlagen war: „Der Herzog von Parma wie sein Sohn befindet sich seinem eigenen Lande gegenüber in einer so unvortheilhaften Lage, daß ihre Wiedereinsetzung in das Herzogthum so gut als unmöglich ist. Es tritt also thatsächlich der Fall des Heimfalls an Oestreich ein, welcher auf den Fall des Aussterbens der herzoglichen Dynastie in den Traktaten von Aachen (1748) und von Paris (1817) vorgesehen war. Würde man also vom Herzog und seinem Sohne für sie und ihre Nachfolger die Entsagung auf das Herzogthum erlangen, so würden Parma und Piacenza (die Festung) bei Oestreich bleiben, einige südwestliche Grenzdistrikte an Piemont fallen. Auch der Herzog von Modena hat ipso facto aufgehört zu regieren; es hat sich eine provisorische Regierung in seinem Lande gebildet. Wir halten es für möglich, den Herzog von Modena zur Abdankung zu Gunsten seines jüngeren Bruders, des Erzherzogs Ferdinand, zu bewegen." Reuchlin setzt hinzu: „Die Herzoge, welche vor wenigen Monaten ein intimes Schutz- und Trutzbündniß mit Oestreich geschlossen hatten, mochten ihre Gedanken darüber haben. Aber das ist das Loos der Kleinen auf der Erde." (D. A. Z.)

Bonn, 17. April. [Petition.] Heute ging die an das Haus der Abgeordneten zu Berlin gerichtete Bittschrift um Verwendung bei der königlichen Staatsregierung Behufs Ergreifung von Maaßregeln, welche zur Abschaffung der deutschen Spielbanken führen, an unseren Vertreter im erwähnten Hause, Prof. Dr. Braun, von hier nach der Hauptstadt ab. Diese Petition ist bedeckt mit zahlreichen Unterschriften der angesehensten Bürger, der Professoren der Universität, darunter der Rektor Magnifikus, der Behörden, der Geistlichen beider Konfessionen rc. (K. Z.)

Magdeburg, 18. April. [Die Dissidenten.] Die bekannten Verfügungen des dermaligen Ministers der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, durch welche derselbe mehrere, den Dissidentengemeinden unter dem vorigen Regime auferlegten Beschränkungen als mit den in der Verfassung ausgesprochenen Grundsätzen unvereinbar aufhob, haben dem Evangelischen Oberkirchenrathe zum Anlaß gedient, die Konsistorien zum gutachtlichen Berichte darüber aufzufordern, in wie weit die Interessen der evangelischen Landeskirche durch die gegenwärtige Auffassung der Staatsregierung berührt werden. Das Ergebniß dieser Berichte, welches als eine Reaktion gegen die Intentionen des gegenwärtigen Kultusministeriums zu betrachten, ward nun kürzlich in einem Generale des Evangelischen Oberkirchenraths an das Konsistorium in Magdeburg in Folgendem zusammengefaßt: Es dürfen die in den dissidentischen Gemeinden vollzogenen Taufen, Trauungen und Konfirmationen in der Evangelischen Landeskirche nicht anerkannt werden. Es dürften die Dissidenten weder an den heiligen Handlungen der evangelischen Landeskirche, noch an deren Ehrenrechten Theil nehmen, also nicht an dem heiligen Abendmahl, an dem Pathenamte und an kirchlichen Gemeindeämtern. Bei Beerdigung der Dissidenten darf eine Mitwirkung der Geistlichen der Landeskirche nicht stattfinden, und dieser darf nicht die Ehen derselben einsegnen. Dagegen sollen die landeskirchlichen Geistlichen gehalten sein, auf Verlangen dissidentischer Eltern die Kinder derselben zu taufen, wenn deren Erziehung im Glauben der evangelischen Landeskirche versprochen wird, und in der Regel nicht berechtigt sein, die Aufnahme dissidentischer Kinder in die evangel. Schulen zu verweigern. (V. Z.)

Stargard, 18. April. [Feuer.] Im Dorfe Nantikow bei Reetz brach am 14. d., Mittags, im Schafstall des Bauern Quade Feuer aus und griff bei dem scharfen Winde so schnell um sich, daß außer dem Gehöfte des Bauern noch 6 herrschaftliche Wohnhäuser niederbrannten, wodurch 16 Familien obdachlos wurden. Auch ein 5jähriges Kind kam dabei ums Leben.

Oestreich. Wien, 18. April. [Personalnotizen.] Der „Volksfr." berichtet: Graf Heinrich Coudenhoven, welcher nach Quittirung seiner Charge als Oberst des Ulanen-Regiments Erzherzog Ferdinand Max in die päpstliche Armee eingetreten ist, hat Sonntags die Reise von Wien über Triest nach Ankona angetreten, um das, wie jüngst gemeldet, ihm übertragene Kommando eines Fremdenjäger-Bataillons zu übernehmen. Ein Bruder des Grafen, der hochw. P. Ludwig Coudenhoven, ist bekanntlich Rektor der Redemptoristen-Kongregation in Wien." — Der Herzog von Modena ist vorgestern früh auf die Este'schen Güter nach Teschen abgereist, und wird derselbe von dem Erzherzog Albrecht begleitet. — Professor Johann von Balassa hat sich nach Belgrad begeben, wohin er zu dem schwer erkrankten Fürsten Milosch berufen wurde. — Aus Schlackenwerth bei Karlsbad in Böhmen berichtet die „Bohemia": Die Großherzogin von Toscana mit der Prinzessin Amalie von Sachsen trafen, aus Dresden kommend, den 11. d. M. Abends 8 Uhr hier ein und nahmen in den für sie vorbereiteten Lokalitäten des Amtshauses, empfangen von der Großherzoglichen Familie, ihr Absteigequartier. Der Großherzog Ferdinand war den erwarteten Gästen entgegengefahren. Am 14. früh Morgens traten dieselben die Rückreise nach Dresden an. Großherzog Ferdinand war schon im Laufe der vorhergehenden Nacht mit dem Prinzen Karl wieder nach Dresden gereist.

Triest, 12. April. [Französischer Besuch.] Der französische Dampfer „Niemen", der nach Venedig fuhr, lief in Pola ein und hielt sich unter einem passenden Vorwand einen ganzen Tag dort auf. Dieses pflegen fremde Dampfer nie zu thun. Von all den englischen, holländischen, griechischen Dampfern, die seit Jahr und Tag Venedig und Triest besuchen, hat noch nie einer den Hafen von Pola berührt. Nebstbei wollen Leute in Pola gesehen haben, daß ein Individuum auf dem Deck des französischen Dampfers fleißig zeichnete! In diese Zeit fällt auch die Desertion einiger italienischer Soldaten aus Pola, von der die piemontesischen Blätter so viel Lärm machten. (A. Z.)

Triest, 14. April. [Die Verhafteten.] Erzherzog Ferdinand Max empfing gestern den Podesta Ritter v. Tomasini und den Präsidenten der Handelskammer, Ritter v. Vicco, welche denselben im Namen des hiesigen Handelsstandes, der durch die letzten Verhaftungen so schwer betroffen wurde, baten, sich bei Sr. Majestät im Gnadenwege für eine Untersuchung der drei Verhafteten auf freiem Fuße oder wenigstens für eine möglichste Beschleunigung der Prozedur zu verwenden. Die Verhafteten sind sehr vorgerückten Alters; der eine derselben ist völlig erblindet, ein anderer von dem Schlage, der ihn betroffen, so niedergeschmettert, daß man für sein Leben besorgt ist. Der Erzherzog nahm die Deputation sehr wohlwollend auf und telegraphirte noch gestern an den Kaiser, um ihm die betreffende Bitte zu unterbreiten. (Die drei Verhafteten sind laut einer Korrespondenz der amtlichen „Gr. Z." am 12. d. von Triest in Wien eingetroffen und wurden von der Bahn direkt nach dem Landgerichtsgebäude gebracht.)

— [Tirol und der Protestantismus.] Die Frage wegen der Ansäßigmachung der Protestanten in Tirol liegt der dortigen Landesvertretung zur Entscheidung vor, und um derselben, wie man sagt, die Hölle recht heiß zu machen, ist so eben in der Herderschen Verlagshandlung in Freiburg im Breisgau eine Kapuzinade ausgegeben: „Tirol und der Protestantismus." Engel und Teufel, Papst und Kaiser, Stahl und Jarke werden angerufen, um die Gefahr für das gesammte östreichische Kaiserthum zu beweisen, wenn einige protestantische Gutsbesitzer irgend eine von Eulen bewohnte Ruine in dem „rein und bis zur letzten Wurzel katholischen" Tirol an sich kaufen oder eine Fabrik anlegen wollten. Dem Eliaseifer unseres modernen Pater Abraham ist Ansäßigkeit und Aussäßigkeit eins; denkt euch, ruft er, den Jammer, wenn in den Zeiten des Kampfes der Tiroler nicht mehr mit Hofer die „Hülfe der göttlichen Mutter" anflehen oder dem „liebsten Herzen Jesu sich verloben" kann. Die Angst vor der Ansteckung des Protestantismus, der am Ende gar den Gegner auffressen könnte, blickt odentlich spaßhaft durch. „Der Protestantismus, seinem Wesen wie seinem Namen nach feind allem Katholischen, wird in Tirol angreifend auftreten." Aber „Tirol als Edelstein muß seinen katholischen Schliff bewahren". Ein anderes Bild: „Der Katholik ist freilich dem freipolternden Kutschirwäglein gegenüber eine künstlich gebaute, inhaltschwere Lokomotive und bewegt sich nur auf den Schienen des Dogmas und der Kirche schnell und sicher vorwärts zum festbestimmten Ziele." Deutlicher sind Stellen wie folgende: „Die Zeit ist vorüber, wo man den Protestantismus freudig empfing, weil er ein neues Leben in die Geschäfte (!) zu bringen, ein wohlthätiges Licht, ein Gold in Aussicht stellendes Läuterungsfeuer anzuzünden versprach. Wir danken, besonders in Deutschland, für dieses uns trennende, auszehrende Leben; für das Licht, welches bloß unsere schwachen Seiten der Welt aufstellt (ei, ei!) für ein Läuterungsfeuer, welches Deutschlands Mark und Lorbeeren versengt, eine unausstehliche Schmach tief in die Seele hineinbrennt." „Der Protestantismus pflegt seine Errungenschaften auf der drohenden Spitze des Degens oder auf Strömen von Bürgerblut heimzuschaffen, heimzuschicken. Er dürfte sich nicht beklagen, wenn ihm Gleiches mit Gleichem vergolten, mit Gewalt Genommenes wieder mit Gewalt genommen würde, eigentlich zurückgenommen würde." „Auch der Protestantismus hat seine Jesuiten und Missionäre, als Gustav-Adolph-Vereine, Bibelgesellschaften, evangelische Vereine. Alle Katholiken, ruft der Verfasser, die es mit Gott, Kaiser und Vaterland ehrlich meinen, müssen sich gegen die Ansäßigmachung erklären." Vielleicht gelingt der Zweck, die Massen zu erhitzen, aber tief zu beklagen bleibt solches Gebahren, solch unchristliche Verblendung und staatsgefährliche Hetzerei, die so schamlos auf offenem Markte ihre Sophismen und Kapuzinaden feil bietet. (V. Z.)

Bayern. München, 17. April. [Befestigungen am Bodensee.] Die Nothwendigkeit einer Befestigung der Ufer des Bodensees, im Interesse der Sicherheit Süddeutschlands, ist schon früher mehrfach erörtert worden. Neuerdings aber, nachdem durch die Einverleibung in Frankreich die Neutralität der Schweiz im höchsten Grade gefährdet erscheint, ist diese Angelegenheit wieder in den Vordergrund getreten und wird nicht nur in militärischen Kreisen hier lebhaft besprochen, sondern man will auch wissen, daß dieselbe bereits höheren Orts in Anregung gebracht worden und daß von da aus alsbald einleitende Schritte zu erwarten seien. (N. Z.)

Baden. Freiburg, 18. April. [Kundgebungen des kath. Klerus.] Nach der „Fr. P. Z." soll der Erzbischof auf die Proklamation vom 7. d. wegen der Konvention sich an den Großherzog gewendet und um Aufrechthaltung der von demselben in feierlichster Weise garantirten Konvention gebeten, zugleich aber erklärt haben: die Konvention sei ein Kirchengesetz, verpflichtete deshalb die Katholiken zu deren Vollzug, sie sei aber zugleich ein Staatsvertrag, und könnten die darin gewahrten Rechte der Kirche derselben ohne ihre Mitwirkung nicht entzogen werden. — Der kath. Klerus der sämmtlichen Landkapitel Badens hat eine Erklärung und Bitte bezüglich der Konvention an die beiden Kammern der Landstände gerichtet, in welcher es heißt: „Die Katholiken, die Mehrzahl der kath. Bevölkerung, mit ihren Seelsorgern werden dafür einstehen, daß ihre alten, durch die Konvention aufs Neue anerkannten Religionsrechte nicht geschmälert werden."

Frankfurt a. M., 18. April. [Feindselige Stimmung gegen Preußen.] Die süddeutschen Blätter, welche sich die Vertretung der Grundsätze der Würzburger Konferenz zur Aufgabe gestellt haben, sind unermüdlich in den Anklagen gegen Preußen. Seine Regierung wolle Oestreich aus dem deutschen Bunde drängen und bewerbe sich um eine Allianz mit England, welches doch gegenwärtig sehr leicht in die militärische Waagschale falle. (Allg. Ztg., Nr. 103.) Preußen ziehe es vor, durch allerlei Kreuz- und Querzüge bei dem Bunde die Spaltung unter den Bundesgliedern recht klaffend zu machen und lieber im Auslande Allianzen zu suchen. (Neue Münchner Ztg., Nr. 88.) In Paris wisse man, daß mit dem Verbleiben des Hrn. v. Schleinitz die Isolirung Preußens, das Gegentheil alles energischen Auftretens, nur Suchen und Tasten nach neuen Allianzen im Auslande verbunden sei. (Allgem. Ztg., Nr. 99.) Wenn sich Preußen enger mit Deutschland verbünde, sei eine Vergrößerung des spezifisch preußischen Heeres nicht nöthig. Mit ängstlicher Vorsicht suche Preußen überall nach Allianzen, nur nicht in Deutschland. (Augsb. Post-Ztg., Nr. 77, 83.) Kläglich sei das „Gewinsel" Russells, noch kläglicher das „Gewimmer" des auswärtigen Ministers in Preußen. (Mainzer Journal, Nr. 84.) Jetzt suche man den Beistand Oestreichs, weil England und Preußen wohl froh wären, wenn der Handel abermals auf östreichischem Fell ausgetrommelt würde. Oestreich sei aber nicht sicher, daß nicht auf seine Kosten sich dasselbe Tendenzspiel wiederholen werde, welches die „edle Gesellschaft" im vorigen Jahre gespielt habe. (Oestr. Ztg., Nr. 80.) Schon diese Beispiele werden zum Beweise genügen, daß in der süddeutschen Presse die Verdächtigung der preußischen

Politik systematisch betrieben wird und auf eine bestimmte Quelle der Agitation zurückgeführt werden muß. Man verschweigt dem Volke die Bemühungen Preußens am Bunde für die größere Wehrhaftigkeit desselben, man wirft ihm ein geheimes Einverständniß mit dem Reichsfeinde vor, um die dynastische Eifersucht zu verhüllen, und die Aufmerksamkeit von der Hauptsache, der militärischen Führerschaft Preußens im Norden, Oestreichs im Süden, der Befestigung der Seeküsten abzulenken. Der „Nürnberger Anzeiger“ wurde in Nürnberg konfiszirt, weil er versicherte, daß Deutschland mit Preußen, dem deutschen Lebenskern, lebe und sterbe, weil er forderte, daß die deutschen Stämme sich um Preußen schaaren müßten und die Ueberzeugung aussprach, daß gegen das deutsche Vaterland sei, wer im Kampfe gegen Frankreich nicht mit Preußen gehe. Es ist unmöglich, daß diese Täuschung der öffentlichen Meinung noch lange vorhalten kann. Durch die Klagen über die Unzuverlässigkeit Englands wird Preußen doch nicht geschwächt und unter den Bund gebracht. Die süddeutschen Blätter sollten doch ihre Versicherung, „Preußen sei so lange isolirt, bis es sich dem Bunde entschiedener anschließe,“ im Hinblick auf die exponirte Lage Süddeutschlands fallen lassen. Die Niederlande, Belgien und das Festungssystem am Unterrhein geben Preußen gegen Frankreich in der Flanke eine sehr feste Stellung, während die Süddeutschen den ersten Stoß auszuhalten hätten. Wenn nun Preußen trotzdem durch seine Militärreform die Mittel gewinnen will, um mit großen Streitkräften nicht bloß am Rhein aufzutreten, sondern auch Süddeutschland Hülfe zu gewähren, so ist ein Grund mehr vorhanden, die preußischen Vorschläge zur Organisation des Bundesheeres zu unterstützen. Diese Anträge in Frankfurt bilden ja einen Theil des Vertheidigungssystems, welches Preußen zur Sicherheit Deutschlands für nothwendig erachtet, wenn dieses System aber verworfen wird, wenn Süddeutschland nicht an Oestreich sich anlehnen will, wenn die Aufstellung eines Bundesfeldherrn durch Wahl, dem keine preußischen Truppen zu Gebote stehen, festgehalten wird, so ist das von Preußen beabsichtigte Vertheidigungssystem unausführbar und die preußische Armee auf die Vertheidigung Norddeutschlands beschränkt. Das sollten sich die Gegner doch recht sehr vor Augen halten! (Sp. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 17. April. [Offiziersexamen.] Die „Times“ meldet heute an hervorragender Stelle, daß es einer Anzahl junger Leute, welche das Offiziersexamen zu bestehen hatten, gelungen ist, die Gegenstände, worin sie geprüft werden sollten, vorher in Erfahrung zu bringen. Die Examina sind in den betreffenden Fällen für null und nichtig erklärt worden. Die „Times“ bemerkt dazu: „Wir haben Grund, zu glauben, daß die Rathskammer für militärische Erziehung sorgfältige Vorsichtsmaaßregeln ergriffen hat, um einem solchen schmählichen Vertrauensbruche vorzubeugen; allein offenbar sind ihre Bemühungen nicht vollständig mit Erfolg gekrönt worden. Wir hoffen, daß der Oberbefehlshaber weder Mühe noch Kosten sparen wird, um jene Personen, welche das, was mit gutem Fug als der Preis eines Offizierpatentes im britischen Heere betrachtet werden darf, zuerst gestohlen und dann verkauft haben, zur Verantwortung zu ziehen.“

— [Parlament.] Unterhaus-Sitzung. Das Parlament versammelte sich gestern zum ersten Male seit den Osterferien. Auf der Tagesordnung steht die im Subsidien-Komité zu verhandelnde Debatte über das Flotten-Budget (s. Tel. in Nr. 91). Admiral Sir C. Napier benutzt diese Gelegenheit zu Bemerkungen über eine große Anzahl das englische Flottenwesen betreffender Gegenstände. Er rügt es, daß man von der Kanal-Flotte nicht den richtigen Gebrauch mache, daß ihre Bemannung sehr viel zu wünschen übrig lasse, daß es an guten Subaltern-Offizieren fehle, daß man die Offiziers-Wittwen schäbig behandle, daß auf gewissen Schiffen Mentereien vorkämen, und daß die Prügelstrafe zu häufig angewandt werde, welche, wenn auch nicht gänzlich abgeschafft, so doch vermindert werden könnte und sich in einer besseren Weise als bisher vollstrecken ließe. Auch an den Blockschiffen läßt er kein gutes Haar und meint, daß es mit der Küstenwache und den Küstenfreiwilligen nicht eben zum besten bestellt sei; auch die Reserve sei unzulänglich. Durch eine zweckmäßige, mit weiser Sparsamkeit vorgenommene Vermehrung der Zahl der Schiffe, durch Verstärkung ihrer Armirung und durch eine bessere Bemannung lasse sich Erhebliches zur Verbesserung des Flottenwesens ausrichten. Lindsay beklagt sich über die zunehmende Höhe des Flotten-Budgets.

— [Enthüllungen.] Auf einem Diner, an dem Persigny, Apponyi und andere Gesandte zugegen waren, fielen Anzüglichkeiten gegen die Heiligkeit kaiserlich französischer Versprechungen. Persigny erwiederte in gereiztem Tone, daß die englischen Minister kein Recht hätten, sich über Täuschung zu beschweren. Shaftesbury tritt hitzig für die Unschuld und Unwissenheit seines edlen Stiefschwiegervaters auf, und Persigny erklärt mit dürren Worten, daß Lord Palmerston persönlich im Herbst 1858 von der Absicht L. Napoleons, Savoyen und Nizza gegen die Lombardei auszutauschen, unterrichtet worden sei und seine vollkommene Zustimmung dazu gegeben habe. Persigny setzte hinzu, daß er erwarten werde, ob Lord Palmerston einen Widerspruch wagen werde. Ein solcher Widerspruch ist nicht erfolget; wohl aber sind seitdem Bestätigungen bekannt geworden. Lord Clarendon, gleichfalls nach Compiegne eingeladen und von dem Kaiser mit derselben vertraulichen Eröffnung beehrt, ward erschreckt und lehnte es ab, seine Zustimmung zu geben, soll auch bei seiner Rückkehr Malmesbury, dem damaligen Minister des Auswärtigen, einen Wink gegeben haben. Palmerston wußte das in ihn gesetzte Vertrauen besser zu würdigen. Er verrieth kein Wort; ja als die Tories zu Anfang der Session von 1859 Besorgnisse für die Erhaltung des Besitzstandes ausdrückten, stand er, am 3. Februar, auf und sagte: „Oestreich besitzt seine italienischen Provinzen kraft des allgemeinen Vertrages von 1815, der auch für viele andere Mächte das Besitzdokument bildet. Jener Vertrag war der große Separationsplan Europa's, und ich stelle unvorgreiflich anheim, daß keine Macht gerechter Weise den Vertrag verletzen könnte, durch einen Versuch, ohne Grund oder Ursache, Oestreich aus dem Besitze dessen zu setzen, was ihm der Vertrag gegeben hat. Verträge sollten respektirt werden.“ Die unterstrichenen Worte, die damals wenig beachtet wurden, und auf die er sich jetzt berufen wird, sind ein sekundäres Indizium mehr von seiner Mitschuld. Darauf folgte das Meeting in Willis's Rooms, auf dem die ehrenwerthen Liberalen, Bright, der Friedensmann, an der Spitze, im Interesse des Friedens und des Liberalismus beschlossen, Lord Palmerston wieder ans Ruder zu bringen. Mit welcher unergründlichen Verachtung der edle Lord auf die Hammelheerde vor ihm geblickt haben muß! Wieder im Ministersitz hatte er die Stirn, nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten zu sagen: „Die vorhergehende Regierung sei so schlecht unterrichtet gewesen, daß sie gemeint, der Friede sei am Meisten von französischer Seite bedroht, während sie ihre ganze Kraft hätte darauf wenden sollen, Oestreich mürbe zu machen.“ Die Verschwörung von Compiegne ging weiter, ist noch lange nicht ganz in Scene gesetzt. (N. Z.)

Frankreich.

Paris, 17. April. [Neue politische Flugschrift.] Gestern ist die bereits früher angekündigte Broschüre: „La Coalition“, erschienen. Das Gerücht war verbreitet, sie habe einen hochgestellten Staatsmann zum Verfasser. Einen Augenblick riß sich alle Welt um sie, doch bald legte sich der Eifer, als man erfuhr, daß sie von einem gewissen Leonce Dupont, einem Journalisten, sei, der nach seinen Irrfahrten in Italien zum Ritter des St. Mauritius- und St. Lazarusordens ernannt worden ist. Indessen spricht man der Broschüre doch nicht jede Bedeutung ab. Dupont horchte überall herum und die Ideen, die er in seiner Broschüre zum Besten giebt, seien gerade nicht seinem Gehirn entsprungen. Er sucht darin zu beweisen, daß eine Koalition unmöglich ist, „da jetzt das Recht der Völker an die Stelle der Rechte der Monarchien getreten sei“. Die Nationen müßten jetzt ihre heilige Allianz bilden. Nichts kann ihm zufolge dieselbe verhindern. Das kaiserliche Frankreich, meint er, habe die Initiative zu dieser Bewegung ergriffen, und ihm gebühre die Rolle, diese Bewegung zu leiten, weil es sie 1814 zuerst unterstützt habe und die einzige Regierung sei, die dem Nationalwillen entsprungen sei. Gegen England hat es der Verfasser besonders abgemünzt; „England“, sagt derselbe, „hat sich durch den übermäßigen Mißbrauch, welchen es mit seiner Seemacht trieb, überall Feinde gemacht, wo es Zinspflichtige hat. Jetzt zählen sich diese Feinde, und sind ganz kürzlich gewahr geworden, daß sie durch Vereinigung ihrer Kräfte leicht Herren der Situation werden könnten. England herrscht nur durch seine Marine; es giebt in Europa drei oder vier Mächte, welche, wenn sie sich zu einigen wissen, alle englischen Flotten in Schach halten können. Möge Frankreich sich mit Rußland, Dänemark verbinden, und die Nordsee ist den Engländern verschlossen; vom Schwarzen Meere sind sie ausgeschlossen. Möge es zu dieser Allianz auch Spanien und Portugal rufen, und für die Engländer giebt es keinen Ozean, kein Mittelmeer mehr. Ihre Insel Malta, ihr Gibraltar werden bald nur noch Träume enttäuschten Ehrgeizes, untergegangene Erinnerungen einer stolzen Herrschaft sein. Rußland liegt wegen Konstantinopel auf der Lauer, und zählt die Stunden, die Minuten, um zuerst Hand an die Erbschaft zu legen. Es glaubt, daß bald wegen der Erbschaft der Sultane große Konflikte losbrechen werden, und das wird vielleicht das große Ableitungsmittel für die Kämpfe und politischen Intriguen des Westens sein. Aber so gut wie England, werden Rußland, Frankreich, Oestreich ihr Theil verlangen. Wer weiß, ob sich dann nicht alle europäischen Interessen gegen die englischen koalisiren werden.“ Rußland soll nach der Meinung des Verfassers Kanstantinopel nehmen und sich in Asien ausbreiten; Frankreich nimmt Egypten und macht den Suezkanal, Oestreich zieht sich aus Italien zurück und steigt das Donauthal hinab in die Fürstenthümer, welche ihre Einheit suchen; dann wird England besiegt und das Gleichgewicht in Europa hergestellt sein. Herr Dupont will ein kaiserliches Deutschland unter Preußen gestatten, aber nur in dem Falle, daß die natürlichen Grenzen im Osten Frankreichs wieder hergestellt werden. Nachdem der Verfasser noch der Verbrüderung zwischen Frankreich und Deutschland einige Seiten gewidmet, schließt er mit der Inaussichtstellung der heiligen Allianz der Völker, in der Frankreich natürlich die Leitung übernimmt.

— [Tagesbericht.] Man sagt, der Kaiser habe General Dufour ursprünglich zwei Festungen zugesagt, welche die Alpenpässe beherrschen; in Folge der feindseligen Haltung des Bundes solle diese Konzession zurückgenommen werden. — Die Räumung der Lombardei soll bis zum 15. Mai vollzogen sein. — Der Bischof von Poitiers hat am Sonntag einen Hirtenbrief in den Kirchen verlesen lassen, worin er den Inhalt der Bannbulle, wenn auch nicht wörtlich, mittheilt und sich dagegen ausspricht, daß man die falsche Exkommunikationsbulle veröffentlichen ließ, während die Mittheilung der echten den Blättern untersagt sei. — Man versichert, daß der Staatsrath eben mit einem neuen Gesetzvorschlage über das literarische Eigenthum beschäftigt sei; dieses Gesetz soll den Autoren und deren Familien das literarische Eigenthum in demselben Maaße sichern, wie anderes Eigenthum. Auch von einem neuen Senatsbeschlusse ist die Rede, dessen Aufgabe die Veränderung desjenigen Artikels ist, welcher von der Veröffentlichung der Verhandlungen spricht. Die Veränderung soll im Sinne größerer Freiheit vorgenommen werden. — In Folge des Handelsvertrages zwischen England und Frankreich wird in Manchester ein Konsularposten errichtet, und ist Herr Rabaudy zu der neuen Stelle ernannt worden. — General Fleury hat 25 Pferde für den Kaiser in London gekauft, wovon das eine 25,000 Franks gekostet hat. — Baron Chassiron, der eben aus China zurückgekommen ist, wurde gestern beim Kaiser empfangen. — Baron Gros reist am 28. April von hier ab, um sich in Begleitung eines zahlreichen Gefolges nach China zu begeben. — Das Resultat der Abstimmung in Nizza ist so französisch ausgefallen, daß die Ultra-Franzosen ihr Erstaunen darüber nicht verbergen können. Man staunt, daß nach den vielen skandalösen Scenen, deren Schauplatz Nizza war, nur elf Wähler gegen Frankreich gestimmt haben. — Herr Delamarre läßt in seinem Journale (der „Patrie“) bekannt machen, daß er die ihm von einigen Savoyarden angebotene Kandidatur für einen Sitz im gesetzgebenden Körper nicht angenommen habe. — Fräulein Mirès heirathet einen Fürsten Polignac, fünften Sohn des Ministers Karl's X., Kavallerieoffizier, geb. 1821. Die Mitgift der Braut berechnet sich nach Millionen. Sie ist das einzige Kind des bekannten Finanziers.

— [Politische Wandlungen.] Die Journale melden unter der Rubrik Nekrologie: „Hr. Amant, der Komödiant, welchen ganz Paris Jahre lang im Vaudeville und erst unlängst im Palais Royal applaudirt hat, starb vorgestern früh. Auch die Generale Trezel und Auvity starben in Paris.“ Der Komiker hat den Vortritt vor dem General, dem nicht einmal so viele Sylben, als ersterem Worte gewidmet werden. Es läßt sich eben heutzutage nichts über einen General sagen, welchem nur das „Journal des Débats“ nachrühmt, er sei 80 Lebensjahre lang seinen politischen Ueberzeugungen und der Regierung, welcher er gedient hatte, treu geblieben. Diese Treue rühmt das „J. des Déb.“ am letzten Tage seiner eigenen politischen Ueberzeugungen und 50jährigen Ueberlieferungen, am selben Tage, wo Saint Marc-Girardin und Prevost-Paradol es verlassen, weil es selbst seine Fahne verlassen hat. Herr Cuvillier-Fleury, welcher der Familie Orleans so nahe gestanden, ihr so sehr verpflichtet ist, hat die Schwester des Herrn Thouvenel geheirathet, und Herr Thouvenel ist kaiserlicher Minister geworden. Der Schwager des Herrn Thouvenel übernahm die politische Leitung des „Journ. des Déb.“ und die offiziöse Umgestaltung desselben.

Paris, 18. April. [Depesche über Savoyen.] Herr Thouvenel hat an die Vertreter der französischen Regierung im Auslande eine Note gesandt, in welcher er sich über die Aufnahme des von dem schweizerischen Bundesrathe eingelegten Protestes Seitens Frankreichs ausspricht. Erst, als Piemont die Lombardei in Besitz genommen und der Züricher Vertrag unterzeichnet gewesen, hätten Frankreich und Oestreich die Mächte aufgefordert, Kenntniß von den in diesem Vertrage festgestellten Gebietsveränderungen zu nehmen. Keine Macht habe Einwürfe gegen dieses Verfahren erhoben. Frankreich beabsichtige gegenwärtig dasselbe Verfahren zu befolgen. Wenn die durch den König von Sardinien freiwillig zugestande Abtretung Savoyens durch die allgemeine Abstimmung und durch das sardinische Parlament sanktionirt sein werde, werde Frankreich Besitz von den abgetretenen Provinzen nehmen. Dann nur werde es seine Zustimmung zum Zusammentritt einer Konferenz geben, welche berufen sein werde, Kenntniß von den Verträgen vom 24. März zu nehmen. Die französische Regierung werde auch darein willigen, daß diese Konferenz die Frage prüfen, in welcher Art die Rechte Frankreichs mit jenen der Schweiz in Einklang zu bringen seien.

Paris, 19. April. [Telegr.] Der heutige „Moniteur“ macht bekannt, daß wegen der bei dem Erscheinen der Broschüre „la Coalition“ an der Börse ausgeübten Manövers die gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden sei, und daß die Instruktion bereits begonnen habe.

Aus **Madrid** wird unterm gestrigen Datum gemeldet, daß General Ortega Abends erschossen worden ist.

Belgien.

Brüssel, 17. April. [Begräbnißfeier; die Oktroifrage; Hirtenbrief; Kunstbeförderung 2c.] Heute ist hier das feierliche Begräbniß des Herrn Materne, außerordentlichen Bevollmächtigten und Generalsekretärs im Ministerium des Auswärtigen, mit der allgemeinsten Theilnahme aller Kreise der Bevölkerung vollzogen worden. Die Herren Rogier und v. Vrière, Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, sprachen tiefgefühlte Worte am Grabe des hochverdienten und vielbedauerten Beamten. — In den letzten Tagen hat hier eine vielbesuchte Versammlung der Rechten im Hause des Grafen v. Merode stattgefunden, um die in der Oktroifrage einzuhaltende Stellung zu berathen. Wie es heißt, wurde beschlossen, dem Gesetze eine energische Opposition entgegen zu stellen. — Der Kardinal-Erzbischof von Mecheln hat einen neuen Hirtenbrief in Betreff des St.-Peters-Pfennings erlassen, aus dessen Fassung hervorzugehen scheint, daß diese Beisteuer der Gläubigen zur Erhaltung des Glanzes der katholischen Kirche und des heiligen Stuhles künftighin eine permanente und regelmäßig geordnete werden solle. — Das Budget des Ministeriums des Innern für den nächstjährigen Betrieb fordert eine Mehrbewilligung von 40,000 Frs., um die Denkmäler berühmter Belgier, diese „eherne Ruhmesgalerie des Vaterlandes“, zu vermehren. Unter den fernerhin noch zu errichtenden Standbildern finden wir in dem Berichte des Herrn Rogier unter Anderen van Maerlant, Hemling und den Lütticher — Karl den Großen aufgeführt, der sich zweifelsohne über diese unverdiente belgische Ehre höchlichst wundern wird. — Unter den ersten der Kammer Seitens des Ministers des Innern vorzulegenden Gesetzentwürfen befindet sich der Vorschlag, einen glänzenden Palast der schönen Künste in Brüssel zu errichten, wie der verstorbene bekannte Architekt Dumont den Plan dazu entworfen hatte. — Der jüngst erwähnte öffentliche Verkauf der van Becelaere'schen Gemäldegalerie hat etwa 200,000 Fr. aufgebracht. (K. Z.)

Schweiz.

Bern, 16. April. [Zur savoyischen Frage.] Der vorgestrige „Bund“ enthielt folgende Note: „Dieser Tage las man in einigen Blättern des In- und Auslandes eine vom 13. März datirte Depesche des französischen Ministers Thouvenel an den französischen Geschäftsträger in Bern, worin u. A. gesagt wird, der Bundesrath habe der französischen Regierung einen geheimen Vertrag zur Theilung Savoyens vorgeschlagen. Der Herr Bundespräsident, dem diese Depesche vorgelesen wurde, ermangelte nicht, gegen die Richtigkeit dieser Behauptung mündlich zu reklamiren. Eine Kopie der Depesche wurde ihm nicht überlassen. Jene Publikation konnte nur aus einer französischen Kanzlei kommen, und ihr Zweck kein anderer sein, als die Schweiz vor den Augen Europa's zu verdächtigen.“ Das genannte Blatt fügte hinzu, daß es ein Aktenstück bringen werde, welches darüber keinen Zweifel gestatte. Gestern theilt nun der „Bund“ unter der Ueberschrift: „Die Schamlosigkeit der französischen Diplomatie“ die betreffenden Aktenstücke mit: „Am 12. März, berichtet der „Bund“, hatte Dr. Kern nach dem Bekanntwerden der Proklamationen der savoyischen Gouverneure, noch einmal eine Audienz bei Herrn Thouvenel, um ihm zu Händen des Kaisers zum letzten Male vor Abgabe des förmlichen Protestes und aufs Eindringlichste den Standpunkt auseinanderzusetzen, den die Schweiz in der savoyischen Frage von Anfang an eingenommen und nie verlassen hat. Er läßt sich bekanntlich in zwei Worte zusammenfassen: In erster Linie wünscht die Schweiz den Status quo; in zweiter Linie, für den Fall, daß Savoyen dennoch von Piemont abgelöst werden sollte, muß sie den Anschluß der nördlichen Gebietstheile an die Schweiz verlangen. Hr. Thouvenel wünschte ein schriftliches Résumé der Auseinandersetzungen, welche ihm Hr. Kern am 12. März gemacht, und Letzterer beeilte sich, dem französischen Minister das verlangte Memorial schon am folgenden Tag einzuhändigen, d. h. also an dem nämlichen 13. März, von welchem die Thouvenelsche Depesche datirt, die die Welt glauben machen will, nicht Frankreich, sondern die Schweiz gehe auf Machtvergrößerung aus. Nachfolgend geben wir in wörtlicher Uebersetzung das Kernsche Memorial:

An Se. Exzellenz den Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Eine telegraphische Depesche meldet mir, daß laut Proklamationen, welche auf Befehl des Gouverneurs von Annecy angeschlagen wurden, die Abstimmung in ganz Savoyen nur über die Wahl zwischen Piemont und Frankreich stattfinden soll. Ich sehe mich genöthigt, dieser Maaßregel die nachfolgenden Bemerkungen entgegenzustellen, und Ew. Exzellenz werden entschuldigen, wenn ich dabei einige allgemeine Punkte berühren muß, weil jene Abstimmungsweise den Kern der Frage berührt. 1) Jene Maaßregel stellt Theile von Savoyen, welche staatsrechtlich absolut von einander geschieden sind, ganz auf den nämlichen Fuß. Es ist festgestellt und durch offizielle Dokumente bewiesen, daß nach

dem europäischen Völkerrechte die drei Provinzen Chablais, Faucigny und Genevois zu Gunsten der schweizerischen Neutralität neutralisirt worden sind, und zwar durch feierliche Erklärung der europäischen Mächte, des Inhalts, daß diese Provinzen der Neutralität der Schweiz genießen sollen, „gleich, als wenn sie dieser selbst gehörten“. Jede auf Aenderung der Beziehungen dieser Provinzen gerichtete Maaßregel wäre somit eine Verletzung von Bestimmungen, welche einen internationalen Charakter tragen und nicht anders verändert werden können, als im Einverständnisse der dabei zunächst betheiligten Länder und nach Anhörung der europäischen Mächte. Die Annexion eines Gebietes, welches unter der Garantie europäischer Bestimmungen steht, hat einen ganz anderen Charakter, als die von Gebieten anderer Staaten. Selbst das allgemeine Stimmrecht kann und darf nicht staatlichen Beziehungen zu nahe treten, welche unter die spezielle Garantie des europäischen Völkerrechts gestellt sind. 2) Das Argument, welches die vorliegende Frage analog erklärt mit der „Abtretung eines Grundstückes sammt seinen Servituten von Seite eines Eigenthümers an einen andern“, kann ich weder anerkennen, noch billigen. Es handelt sich hier nicht um eine privatrechtliche, sondern um eine staatsrechtliche Frage. Hier ist schon der Wechsel des Souveräns eine Grundveränderung, er berührt das innerste Wesen der Frage. Es kann in der That der Schweiz nicht gleichgültig sein, ob die Souveränetät der neutralisirten Provinzen sich in den Händen einer Militärmacht ersten Ranges oder einer Macht zweiten Ranges befinde. Das System der Neutralisation, das schon an und für sich einen anormalen Zustand bedingt, konnte gegenüber einer Macht von der letztern Kategorie annehmbar sein; dagegen wäre die Frage eine durchaus verschiedene gegenüber einer Macht ersten Ranges, da schon der geringste Konflikt mit einer solchen hinreichen würde, die Unabhängigkeit gerade des Landes zu gefährden, zu dessen Sicherung ganz besonders die Garantie der Mächte ausgesprochen wurde. Die Neutralisation ist rein unmöglich zwischen einer Macht wie Frankreich und einem kleinen Lande wie die Schweiz. Es könnte auch Frankreich nicht genehm sein, einen Gebietstheil zu besitzen, dessen militärische Besetzung von den Entschließungen der Behörden eines fremden Landes abhängen würde. Für die Schweiz aber könnte das Neutralisationssystem unter solchen Bedingungen nicht anders angenommen werden, als mit der Gefährdung ihrer Unabhängigkeit, weil es den Keim von Verwickelungen bärge, die ihre zukünftige Existenz in Gefahr setzten. 3) In einer derartigen Frage ist man genöthigt, von den guten Absichten der bestehenden Regierungen abzusehen, und man muß lediglich die geographischen und militärischen Interessen der Zukunft im Auge behalten. Die Personen wechseln, die Länder aber und die auf die Natur der Dinge gegründeten Interessen bleiben. 4) Einer der Hauptzwecke, welchen die Mächte bei der Neutralisirung dieser Provinzen verfolgten, bestand darin, den Simplonpaß und den des St. Bernhard unter den Schutz der schweizerischen Neutralität zu stellen. Dies beweisen die historischen Dokumente, welche von der Errichtung dieser Stipulationen handeln. Dieser Schutz wäre illusorisch von dem Augenblick an, da die Souveränetät über jene Provinzen einer Macht ersten Ranges gehörte. Wenn man die Schweiz der Möglichkeit beraubte, ihre Neutralität zu vertheidigen, indem man ihr die militärischen Positionen nähme, die im Jahr 1815 als unumgänglich nothwendig zu dieser Vertheidigung betrachtet wurden, so würde man sie schon dadurch der Verpflichtung entbinden, ihre Neutralität auf dieser Seite aufrechtzuerhalten. Ihre ganze Stellung als neutrales Land würde dadurch beeinträchtigt, während doch Europa von dieser Neutralität erklärt hat, sie „liege im europäischen Interesse“. Frankreich, welches seinerseits seine schon so günstige militärische Stellung durch die Annexion Savoyens noch mehr verstärkt, wird andererseits nicht die Stellung eines kleinen neutralen Landes schwächen wollen, das ohnehin schon die Aufgabe hat, seine gesammte Ostgrenze zu decken, und in Folge einer derartigen Veränderung für die Zukunft die bedauerlichsten Konsequenzen zu befürchten hätte. 5) Ich widersetze mich der obenerwähnten Abstimmung, weil sie die Haltung der Mächte präjudiziren würde, denen Frankreich erklärt hat, die Frage der Annexion Savoyens vorlegen zu wollen. Wäre es nicht möglich, daß die Mächte selber finden, die Interessen der schweizerischen Neutralität könnten nicht anders gewahrt werden, als indem man den größeren Theil der neutralisirten Provinzen an die Schweiz abtritt, sobald Frankreich sich die übrigen Provinzen einverleibt hat? Wie kann man also heute eine Abstimmung anordnen, von welcher vielleicht morgen Europa sagt, sie sei unvereinbar mit den Interessen der Schweiz wie mit seinen eigenen? 6) Diese Abstimmung würde auch der Gesinnung der Bevölkerung dieser Provinzen Gewalt anthun; denn nach den übereinstimmenden Berichten von Leuten, welche sehr wohl unterrichtet sind und das größte Vertrauen verdienen, wünscht die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung dieser Provinzen, im Fall einer Trennung von Piemont, der Schweiz einverleibt zu werden. Man würde sie des Rechts der freien Meinungsäußerung berauben, wenn man ihnen für den Fall einer Trennung von Piemont nur erlaubte, ihre Stimme zu Gunsten eines Anschlusses an Frankreich abzugeben. 7) Es scheint daher, daß, wenn eine Abstimmung über die Annexion stattfinden soll, sie nur provinzweise angeordnet werden kann, und zwar in dem Sinne, daß man erklärt: in den nichtneutralisirten Provinzen bedeutet die Annexion, für den Fall der Trennung von Piemont, den Anschluß an Frankreich; in den Theilen des neutralisirten Gebiets hingegen, welche von 1815 bis auf den heutigen Tag durch die militärischen Experten als unerläßliche Bedingung zur Vertheidigung der schweizerischen Neutralität und der diesseitigen großen Alpenpässe erklärt worden sind, bedeutet die Annexion, für den Fall der Trennung von Piemont, den Anschluß an die Schweiz. Ueberflüssig zu sagen, daß ein der Annexion günstiges Resultat den europäischen Mächten vorgelegt werden und die Schweiz sich bemühen würde, für dieses neue Gebiet die nämliche Gewährleistung der Neutralität zu erlangen, wie für die übrige Schweiz. Eine solche Abstimmung würde den bereits bekannten Neigungen der Bevölkerung in den verschiedenen Provinzen Savoyens am wenigsten Zwang anthun. Es ist erwiesen, daß, wenn die wenigstens vorläufigen Neigungen der Provinzen, welche zur Herstellung einer guten schweizerischen Militärgrenze nöthig sind, sich nach der Schweiz richten, weil ihre topographische Lage und ihre materiellen Interessen sie zum größten Theil dahin ziehen, andrerseits die übrigen Provinzen wegen ihrer geographischen und kommerziellen Interessen sich ganz besonders nach Frankeeich wenden. 8) Der hauptsächlichste Einwurf gegen diese Anschauungsweise, welcher zufolge ein Theil von den übrigen Provinzen getrennt würde, fällt dahin vor der Betrachtung, daß nur mittelst einer solchen Kombination die Möglichkeit gegeben ist, die europäischen Interessen und die positiven Bestimmungen des bestehenden Völkerrechts zu wahren. Entweder muß man den Status quo festhalten, für welchen sich die Schweiz in erster Linie immer ausgesprochen hat und noch ausspricht, oder man muß sich zu einer Kombination verstehen, welche allein der Hoffnung Raum giebt, daß die neue Ordnung der Dinge die Genehmigung Europa's erhalten könne. Frankreich, namentlich wenn es selber die Veränderung des Status quo verlangt, wird sich am wenigsten einem Abstimmungsmodus widersetzen mögen, der ihm allein die Hoffnung gewährt, die gewünschten Vortheile mit Einwilligung der Mächte zu erlangen. (Schluß folgt.)

Italien.

Turin, 15. April. [Reise des Königs; die Umtriebe Pietri's.] Der König verläßt uns heute Abends und wird sich durch die Dampffregatte „Maria Magdalena“ von Genua nach Livorno bringen lassen. Herr Boncompagni ist von Sr. Majestät in den freundlichsten Ausdrücken eingeladen worden, im königlichen Waggon Platz zu nehmen. Die Deputirten, ungefähr 130 an der Zahl, welche den König begleiten, haben sich schon heute Nachmittags mit einem Extrazuge nach Genua begeben. In Genua wird dem Könige der Degen überreicht, welchen ihm 15,000 Personen aus den römischen Staaten, die auf dem Wege der Subskription zusammengetreten sind, verehrt haben. Sir James Hudson reist in seiner Eigenschaft als englischer Gesandter und nicht als Privatperson, wie hiesige Blätter gemeldet haben, mit. — Das Kriegsministerium hat den Befehl erlassen, daß die Offiziere, Unteroffiziere, so wie die gemeinen Soldaten der Armee, welche aus Nizza gebürtig sind, zur Abstimmung über den Anschluß von Nizza an Frankreich eingeladen werden, gleichviel, wo sie sich in Garnison befinden. Die Abstimmung wurde heute, wie in Nizza, vorgenommen. Wie uns der Telegraph meldet, scheint die große Mehrheit der Abstimmenden sich für Frankreich auszusprechen. Man erzählt uns einen Zug Pietri's, der von der Geschicklichkeit dieses französischen Agenten zeugt. Einige Tage vor der Abstimmung ließ er die einflußreichsten Mitglieder der separatistischen Partei zu sich bitten, um ihnen eine Mittheilung im Namen des Kaisers zu machen. „Napoleon III.“, sagte er, „hat mich beauftragt, Ihnen seine volle Achtung und seine Billigung Ihres Benehmens auszusprechen. Se. Majestät fühlt, daß Sie durch patriotische Gesinnungen geleitet werden, und er schätzt auch Ihre dem Könige von Sardinien gezeigte Anhänglichkeit. Sie mögen daher Ihren Gesinnungen auch durch das Votum Ausdruck geben und Ihre Freunde zu Gleichem bestimmen. Wir haben nicht die Absicht, Sie irgend an der freien Ausübung Ihres Stimmrechtes zu verhindern; nur bitten wir Sie, die öffentliche Ruhe nicht zu stören.“ Als die Herren sich empfehlen wollten, sagte Herr Pietri: „Meine Herren, ich habe noch einen Auftrag an Sie. Ich soll in Anerkennung Ihres edlen Betragens einem Jeden von Ihnen das Kreuz der Ehrenlegion überreichen!“ Man glaubt, diese Ordensvertheilung habe eine sehr gute Wirkung gemacht und die Mehrzahl der separatistischen Führer gewonnen. (K. Z.)

Turin, 17. April. [Brief des Grafen von Syrakus.] Die Mailänder „Perseveranza“ enthält einen Brief des Grafen von Syrakus an seinen Neffen, den König von Neapel, worin derselbe dessen gegenwärtige Politik als eine verderbliche bezeichnet, da Oestreich seinen bisherigen Einfluß verloren habe; er räth zum Erlaß einer Verfassung und zu einem Bündniß mit Sardinien.

Florenz, 17. April. [Ankunft des Königs.] König Victor Emanuel wurde, wie telegraphisch gemeldet wird, von der Bevölkerung mit großer Begeisterung empfangen. Auch dem Grafen Cavour wurden besondere Beweise der Bewunderung ertheilt. — Der „Constitutionnel“ bringt folgende Depesche: „König Victor Emanuel traf um 2 Uhr in Florenz ein. Eine unermeßliche Menschenmenge erwartete ihn. Se. Majestät wurde mit außerordentlichem Enthusiasmus empfangen. In diesem Augenblicke, $4^1/_2$ Uhr Nachmittags, wird vom Erzbischofe in der Metropolitankirche ein feierliches Tedeum gesungen.“ Ricasoli hatte die Bevölkerung auf die Ankunft des Königs durch eine Proklamation vorbereitet, in welcher die Einheit Italiens als das zu erstrebende Ziel hingestellt und Victor Emanuel als „der Arm, den der Herr zu diesem großen Werke auserkoren“, als „der Rächer“ und als der „Verfechter der Geschicke Italiens“ gepriesen wird. Der Schluß dieses Aufrufes lautet: „Völker Toscana's! erhebt euch zu der Höhe eures Königs, thut eure Pflicht und erwerbet euch Ansprüche auf den Ruhm, zur Vollendung der Größe Italiens mitgewirkt zu haben.“

Neapel, 7. April. [Der Aufstand in Sicilien.] Die Berichte, die den englischen Journalen bisher über den Aufstand in Sicilien zu Gebote stehen, sind sehr lückenhaft. Folgendes darüber ist einem Briefe des dortigen Korrespondenten der „Times“ entnommen und, wie er selbst angiebt, von diesem aus Kaufmannsbriefen und Konsularberichten zusammengestellt: „Einer an den König am 5. gelangten Depesche zufolge, waren die Aufständischen sämmtlich aus Palermo hinausgeschlagen worden und befanden sich auf dem Wege nach Termini, wo sie die Telegraphenleitung zerstört hatten. Die Truppen sollen sich gut geschlagen haben, doch soll der Kampf sehr blutig gewesen sein. Gestern Mittag traf der „Elettrico“ mit Briefen aus Palermo hier ein. Auf ihm befanden sich an 100 Passagiere, die meisten davon Sicilianer, und unter diesen viele Personen von hohem Range, die entweder flohen oder verbannt sind. Obgleich alle erdenklichen Vorsichtsmaaßregeln getroffen werden, damit die Passagiere nicht mit den Einwohnern kommunizien, gelang es mir doch, einen Engländer und einen Amerikaner, die von Palermo kamen, zu sprechen. Davon erzählte der Eine Folgendes: Am 3. des Nachts hörte ich, daß der Aufstand am folgenden Morgen ausbrechen solle, und wirklich wurde ich am 4. durch Schüsse aus dem Schlafe geweckt. Ich schaute zum Fenster hinaus und sah eine Menge Soldaten die Straßen entlanglaufen und nach allen Seiten hin feuern. Von den Aufständischen sah ich nirgends mehr als ihrer fünf beisammen. Um 9 Uhr war schon Alles still, und ich hielt die Revolution für beendigt. Es war auf mehreren Punkten der Stadt gekämpft worden, am heftigsten beim Granciakloster, dessen Mönche auf ein gegebenes Zeichen hin die Sturmglocke geläutet hatten. Das Kloster wurde gestürmt und geplündert; von den Mönchen, die sich tapfer schlugen, waren drei niedergestochen, die anderen gefangen worden. Den Nachmittag über war es ruhig, aber gegen Abend wurde bei Monreale wieder stark gekämpft, wobei viel Blut floß. Am andern Morgen legte sich eine neapolitanische Fregatte vor der Bagaria vor Anker und feuerte zwei Stunden lang ihre Breitseiten gegen die Stadt und deren Umgebung. Am Nachmittag kam der Prinz Castelcicala von Neapel an, und um $8^1/_2$ Uhr Abends fuhren wir mit dem „Elettrico“ ab. Doch hörte ich vom Lande her, zwischen Monreale und Bagaria, noch an Bord Schüsse fallen, und meiner Meinung nach ist der Aufstand durchaus noch nicht unterdrückt. In Palermo war es still, und rings um die Stadt war Militär gezogen. So weit dieser Bericht. Er stimmt mit anderen, doch sind die Meinungen über den Ausgang des Kampfes getheilt. Am 3. hatte der Prinz von Syrakus dem Könige ein Memorandum übersandt, in welchem er auf die Nothwendigkeit von Konzessionen und einer offenherzigen Verbindung mit Sardinien aufmerksam machte. Der Prinz erklärte sich bereit, dem Könige seine Ansichten mündlich ausführlicher auseinander zu setzen, doch ist er dazu, so viel ich weiß, nicht aufgefordert worden. Mittlerweile erklärt Ajossa mit einem gewissen Triumph, daß er des Prinzen Paß in der Tasche habe und Se. königl. Hoheit jeden Augenblick aus dem Lande gewiesen werden könne.“

— [Zustände in Neapel.] In Neapel hat man zur Steuer der Unzufriedenheit seit drei Monaten angefangen, die Gehalte, zunächst des Richterstandes, aufzubessern. Die Bestechlichkeit, Veruntreuung und Korruption war aufs Höchste gestiegen; ohnehin leisteten Beamte und Publikum in diesem Punkte dort überhaupt mehr, als in irgend einer andern Gegend Italiens. Hier davon ein Pröbchen: Ich war im Jahre 1835 mit dem Fürsten von Canosa, ehemaligem Justizminister in Neapel, bei einem hiesigen Diplomaten zum Frühstücke. Von seinem Buche „I Pifari della Montagna“ wandte sich das Gespräch auf die Verderbtheit der niederen Volksklassen der Hauptstadt. Der Fürst wußte natürlich in der Beziehung die beste Auskunft zu geben und versicherte, es sei während seines Ministeriums in amtlichen Kreisen eine bekannte Thatsache gewesen, daß man für 2 Carlini (etwa $7^1/_2$ Sgr.) unter den Lazaroni's mit der größten Leichtigkeit jedes falsche Zeugniß, jeden Meineid kaufen konnte. Als er eines Tages im Ministerrath auf die scheußlichen Folgen dieses Unwesens in einem eignen Antrage aufmerksam machte und auf Abschaffung drang, da erhob sich ein Kollege und sagte ihm: Exzellenz, Sie wollen Landessitte verändern? So blieb die Sache beim Alten. (B. Z.)

Neapel, 10. April. [Die Unruhen.] Hier dauern die Verhaftungen und Willkürmaaßregeln noch immer fort. Wie dem „Nord“ geschrieben wird, war die Regierung genau davon unterrichtet, daß am 4. April der Aufstand in Palermo losbrechen sollte. Deshalb eröffneten an diesem Tage Polizei und Truppen um 5 Uhr Morgens schon ein Gewehrfeuer, „um die Bevölkerung einzuschüchtern und das Gefecht durch Antizipirung hervorzurufen; nachdem so einige Stunden geschossen worden und viele unschuldige Opfer gefallen waren, eilte ein Jägerbataillon im Sturmschritte nach dem Kloster der Gancia.“ „Diese Taktik“, setzt der Berichterstatter hinzu, „gelang vollkommen und verminderte die Verhältnisse der Bewegung“. Als das Kloster genommen, fanden noch lebhafte Gefechte bei Olivuzza und an mehreren anderen Punkten statt, die Banden zeigten sich jedoch, da ihnen der Zusammenhalt fehlte, den Truppen nicht gewachsen. Die palermitanischen Nobili hielten sich von dem Kampfe, der von vorn herein verzweifelt schien, fern. Die Nachrichten, welche der neapolitanische Korrespondent der „Indépendance“ aus Palermo erhalten hat, lauten anders. Danach ist die Besatzung, obgleich zehntausend Mann stark, nicht mehr der angreifende Theil, sondern der belagerte; die Insurgenten haben einen Büchsenschuß von der Stadt ein Lager bezogen und beunruhigen Tag und Nacht durch Flintenschüsse die Besatzung, schneiden ihr die Lebensmittel ab, zerstören die Telegraphendrähte, dämmen die Wasserleitungen ab u. s. w. Die Sache ist so ernst, daß selbst Polizeidirektor Maniscalco seinne Familie nach Neapel fortgeschickt hat; die Polizei duldet nicht einmal die Zusammenkunft befreundeter Familien unter einander, auf der Straße dürfen keine zwei Personen neben einander gehen u. s. w., alle Buchdruckereien sind geschlossen. In einer Nachschrift dieses Berichterstatters heißt es: „In Palermo wurde der bei dem Fürsten Monteleone versammelte Revolutionsausschuß überrascht; es war die Blüthe des sicilischen Adels; zwei Enkel des Fürsten Cassaro befanden sich dabei. Sie wissen, daß der Fürst Cassaro jetzt Minister-Präsident in Neapel ist. Diesen beiden jungen Fürsten, so wie den Fürsten Rudini und Giardinelli ist es gelungen, von Palermo glücklich zu entkommen.“

Spanien.

Madrid, 16. April. [Ortega; die Zustände in Marokko.] Wie versichert wird, sollte heute das Todesurtheil an Ortega vollzogen werden (s. Paris). Ueberall herrscht Ruhe. — Die marokkanischen Bevollmächtigten werden erwartet. Der im Innern Marokko's wüthende Bürgerkrieg hat, wie aus Tetuan geschrieben wird, das Eintreffen der Bevollmächtigten verzögert. Der Kaiser von Marokko sieht sich genöthigt, den Prätendenten verfolgen zu lassen. Letztere Nachrichten lauten wenig tröstlich; sie lassen fürchten, daß der Kaiser an dem Prätendenten einen mächtigeren Gegner hat, als man eingestehen will; doch hoffte man in Madrid am 12., daß die definitive Unterzeichnung des Friedens stündlich erfolgen und Odonnell im Stande sein werde, bis zum 20. in Madrid einzutreffen. Die heimkehrenden Truppen sehen sonnverbrannt, verhungert, verkommen aus und tragen alle Spuren von den harten Entbehrungen und Strapazen an sich. Dysenterie und Cholera haben ihre Reihen stark gelichtet. Bis die Marokkaner die Kriegsentschädigung vollkommen gezahlt haben werden, sollen in Tetuan 12 Bataillone, 4 Schwadronen und 30 Geschütze bleiben.

Rußland und Polen.

Petersburg, 10. April. [Truppenzusammenziehung in Bessarabien; Kolonisirung; bäuerliche Verhältnisse.] Die neuesten Berichte sprechen mit vieler Bestimmtheit von der demnächstigen Zusammenziehung eines bedeutenden russischen Armeekorps in Bessarabien. — Die russische Regierung beschäftigt sich gegenwärtig mit der Frage der Kolonisirung der Kaukasusländer. Sie soll dabei ihr Augenmerk auch auf deutsche Ansiedler gerichtet haben, deren Brauchbarkeit sich in mehreren am Kaukasus gelegenen Landstrichen bereits erprobt hat. — In Polen beschäftigt sich die Regierung noch immer mit der Ordnung der bäuerlichen Verhältnisse. Es wird indeß keine gänzliche Ablösung der Servituten eintreten, vielmehr ist es die Absicht, die Hörigen in Zinsbauern umzuwandeln. Man sagt, die Geldverhältnisse des Landes ständen der Ablösung entgegen. (F. P. Z.)

Petersburg, 12. April. [Vom Kaukasus] wird berichtet, daß die russischen Befehlshaber, nachdem sie den Natuchanzen den Eid der Treue abgenommen, in das Gebiet der noch nicht unterworfenen Schapsugen gedrungen sind und dabei in den Scharmützeln einen Todten, so wie an Verwundeten 1 Stabs-, 1 Ober-Offizier und 42 Gemeine eingebüßt haben. Die ganze Landschaft von Adagum bei Schagsa wurde verwüstet und der feindliche Volksstamm um 25 Werst vom Adagum und der Landesgrenze der Natuchanzen zurückgeworfen.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. April. [Die Marine.] Der Marineminister hat dem König einen Bericht über den Zustand der Flotte, so wie über das mit derselben in genauester Verbindung stehende Werft mit dessen Arbeitskraft vorgelegt und darauf einen Antrag begründet, daß eine Kommission niedergesetzt werden möge, um das Orlogswerft in allen seinen Verhältnissen, seinem Betrieb und seiner Arbeitskraft zu untersuchen und ein Gutachten über die in dieser Hinsicht vorzunehmenden Verbesserungen oder Veränderungen abzugeben. Diesen Antrag hat der König in der Staatsrathssitzung vom 31. v. M. genehmigt. Dem Berichte zufolge besteht der Hauptbestand der seefahrenden Stärke der Flotte aus 3 Segel-Linienschiffen mit 240 Kanonen, 6 Segelfregatten mit 290 Kanonen, 7 Segelkorvetten und Briggs mit 96 Kanonen, im Ganzen 16 Schiffe mit 626 Kanonen. Hiervon sind 220 Kanonen 30-Pfünder und 406 Kanonen 18-Pfünder, welches letztere Kaliber nicht länger als den Zeitforderungen entsprechend anzusehen ist. Die gedachten Schiffe stehen in folgendem Alter: die Linienschiffe 32, 29 und 10 Jahre; die Fregatten 38, 36 (die schwerste), 35, 30, 20 u. 8 Jahre; die Korvetten 29, 14, 12 und 7 Jahre; die Briggs 33 und 18 Jahre und ein Drittel so gut als kassabel. Die Dampfschiffsflotte besteht aus zwei Schraubenfregatten à 42 Stück 30pfündigen Kanonen und 300 Pferdekraft, und zwei Schraubenkorvetten mit

(Fortsetzung in der Beilage.)

12 à 16 Stück 30pfündigen Kanonen; die Schiffe sind sämmtlich neue und kräftige; eine Fregatte von derselben Zeichnung, nur etwas größer, wird im Laufe des Jahres vom Stapel laufen; eine schwere Fregatte von 52 Kanonen und eine Korvette sind im Bau begriffen. Das Linienschiff „Skjold" (27 Jahre alt) wird zu einem Dampfschiffe mit 64 Stück 30pfündigen Kanonen umgebaut. Mit Ausgang der gegenwärtigen Finanzperiode wird die Dampfschiffsflotte also wahrscheinlich aus 1 Linienschiff, 3 Fregatten und 3 Korvetten mit 238 Stück 30pfündigen Kanonen bestehen. Außerdem sind noch 4 Räder-Dampfschiffe vorhanden. Die Defensionsstärke besteht aus 50 Ruder-Kanonenschaluppen (gänzlich veraltet, wovon 23 mit einer 60pfündigen Bombenkanone und einer 24pfündigen drehenden Kugelkanone und 27 mit 2 Stück 24pfündigen Kanonen bewaffnet), 17 Kanonenjollen und 3 Schrauben-Kanonenböten (wovon 1 Boot unbrauchbar, indeß werden in dieser Finanzperiode 4 neue gebaut werden). Zu der Transportflotte gehören 9 Stück anerkannt sehr gute Eisenfahrzeuge und werden ebenfalls hiervon 4 Stück in dem eben begonnenen Finanzbiennium gebaut werden. (H. N.)

Amerika.

Newyork, 31. März. [Der Bürgerkrieg in Mexiko; texanische Freischärler; aus Neu-Granada; geheimer Orden.] Laut Berichten aus Veracruz vom 22. d. M. hatte Miramon die Stadt am 17. März angegriffen, war jedoch zurückgeschlagen worden. Er hatte hierauf das Bombardement erneuert und großen Schaden angerichtet. Nachdem ein in der Nacht vom 19. gemachter Sturmversuch mißglückt war, soll er am 21. die Belagerung aufgehoben und sich nach der Hauptstadt zurückgezogen haben. Von dort schreibt man, daß Miramon nach Wegnahme von Marin's Dampfern Seitens der Vereinigten Staaten die Konfiskation des Eigenthums aller Amerikaner in Mexiko und die Ausweisung derselben anordnete. — Die Vorgänge zu Veracruz haben eine Parallele am Rio Grande gefunden. Vier Kompagnien texanischer Freischärler sind über die Grenze ins Mexikanische eingedrungen, um den Flibustier Cortinas abzufangen, haben in der Nacht sogar (aus Versehen) eine 30 Mann starke Nachhut eines Truppenkörpers der Liberalen gefangen und, den letzten Nachrichten zufolge, ein Lager auf dem mexikanischen Ufer des Grenzflusses bezogen, wohin ihnen der Befehlshaber der in Texas stehenden Bundestruppen zwei Kompagnien Bundesmilitär zur Verstärkung senden wollte. Einem Gerüchte zufolge soll dieses Einschreiten der Amerikaner eben so im Einverständniß mit der liberalen Partei in Mexiko erfolgt sein, wie die Intervention bei Veracruz. — Es sind hier Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Neu-Granada eingelaufen. Die Truppen Carillo's, des Führers der Aufständischen in Cauca, waren von den Regierungstruppen in mehreren Gefechten geschlagen worden. In einem Kampfe, welcher am 22. Februar stattfand, trugen Mosquera's Truppen unter General Obando einen Sieg über General Plias davon. Letzterer selbst und 300 seiner Leute wurden getödtet. Mosquera soll jetzt Herr der Situation sein. — Ein seit einigen Jahren in den südlichen Staaten bestehender geheimer Orden (die Ritter von der goldenen Tafelrunde) trifft in aller Stille großartige Vorbereitungen, um sich an dem extemporirten Kriege mit Mexiko zu betheiligen. Die Leute, die ihm gehören, sind sämmtlich Verehrer der „Manifest Destiny", wie sie seiner Zeit durch Wm. Walker in Nicaragua dargestellt ward, und wie er sie in einer vor wenigen Tagen zu Mobile erschienenen „Geschichte des Krieges in Nicaragua" definirt. Darin wird mit größter Ruhe eingestanden, daß der Plan, die Negersklaverei in Zentralamerika einzuführen, „der Schlüssel des ganzen Unternehmens" war: eine liebenswürdige Offenheit, die ihre Wirkung auf die Erörterungen zur Präsidentenwahl nicht verfehlen wird.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

— [Die Novelle zum Postgesetz.] §. 1. Der nach §. 5 Nr. 3 des Gesetzes über das Postwesen vom 5. Juni 1852 (Ges. S. S. 345) für ungemünztes Gold und Silber, Juwelen und Pretiosen, so wie der nach Nr. 5 ebendaselbst für Packete bis 20 Pfd. bestehende Postzwang wird aufgehoben. §. 2. Unverschlossene Briefe, welche in versiegelten, zugenähten oder sonst verschlossenen Packeten versandt werden, sind den verschlossenen Briefen gleich zu achten und dürfen, mit Ausnahme der in den §§. 7 und 8 des Gesetzes vom 5. Juni 1852 bestimmten Fälle, nicht auf andere Weise als durch die Post versandt werden. Im Uebertretungsfalle treffen den Versender die in den §§. 35 und 36 — den Beförderer aber, sofern er den verbotswidrigen Inhalt des Packets zu erkennen vermochte, die in den §§. 32 und 34 des genannten Gesetzes bestimmten Strafen; doch soll es gestattet sein, versiegelten, zugenähten oder sonst verschlossenen Packeten solche unverschlossene Briefe, Fakturen, Preiskourante, Rechnungen und ähnliche Schriftstücke beizufügen, welche den Inhalt des Packets betreffen. §. 3. Der Postzwang für Zeitungen und Anzeigeblätter (§. 5 Nr. 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1852) wird auf Zeitungen politischen Inhalts beschränkt. §. 4. Es steht fortan einem Jeden die Befugniß zu, Gegenstände, welche dem Postzwange nicht unterworfen sind, gegen Bezahlung mit unterwegs gewechselten Transportmitteln oder zwischen bestimmten Orten mit regelmäßig festgesetzten Abgangs- oder Ankunftszeiten zu befördern. §. 5. Für die Verbindlichkeit der Eisenbahngesellschaften zum unentgeltlichen Transport von Postsendungen (§. 36 Nr. 2 des Ges. v. 3. Nov. 1838, Ges. S. S. 505) bleiben hinsichts der seit dem Erlaß des Gesetzes vom 5. Juni 1852 bereits konzessionirten und der noch zu konzessionirenden Eisenbahngesellschaften die Bestimmungen des Gesetzes vom 5. Juni 1852 über den Umfang des Postzwanges maaßgebend. Für die desfallsige Verbindlichkeit der bereits vor dem Erlaß des Gesetzes vom 5 Juni 1852 konzessionirten Eisenbahngesellschaften bewendet es bei der Bestimmung des §. 9 des eben genannten Gesetzes. §. 6. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem 1. Sept. 1860 in Kraft. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist mit der Ausführung desselben beauftragt.

Militärzeitung.

Preußen. [Feldtelegraphen; Medizinalstatistik.] Der „Magd. Ztg." wird geschrieben: Das Telegraphenwesen bei unserer Armee ist im Begriffe durch noch nirgends bisher stattgehabte Versuche über eine auch im Felde anzuwendende unterirdische Leitung vielleicht wesentlich modifizirt und dem gleichen Dienstzweige bei sämmtlichen andern Armeen um einen wichtigen Schritt vorausgeführt zu werden. Der Vorschlag zu dieser Neuerung ist dem Vernehmen nach von dem zeitigen Telegraphendirektor Major Chauvin ausgegangen und besteht einfach darin, vermittelst des das Erdreich bis zur Tiefe von 6 Zoll aufreißenden amerikanischen Einpferdpfluges als erste Anlage für den Feldtelegraphen jedesmal eine solche Furche zu ziehen und die Leitungsdrähte hinein zu legen. Die schon stattgehabten und noch fortgesetzten Proben mit diesem neuen Verfahren haben, wie verlautet, für den flachen und sandigen Boden der Mark sehr günstige Resultate ergeben, für bergige Gegenden und auf wirklichem Felsgrunde ist dagegen dieselbe Wirksamkeit schon wegen der Schwierigkeit der ersten Anlage nicht anzunehmen, doch wird behauptet, daß nach der jedesmaligen Bodenbeschaffenheit ein gemischtes Verfahren von oberirdischer und unterirdischer Leitung eintreten kann. — Die „Militärärztliche Zeitung" hat begonnen, einen monatlichen Rapport über den jedesmaligen Krankenbestand innerhalb der preußischen Armee zu veröffentlichen, der bei längerer Fortsetzung eine interessante Uebersicht und nicht minder auch einen schätzbaren Anhalt zu gewähren verspricht. Nach demselben haben im Monat Dezember v. J. bei Uebernahme eines Krankenbestandes aus dem Monat November von 9111 Kranken 22,601 neue Erkrankungen stattgefunden, wovon zusammen 24,043 Patienten geheilt entlassen worden und 7225 in Behandlung verblieben sind. In demselben Zeitraum sind 126 Sterbefälle vorgekommen und 318 Kranke haben wegen Invalidität entlassen werden müssen. Besonders ungünstig schienen die klimatischen und anderen Verhältnisse auf den Gesundheitszustand der Truppen im Bereich des ersten und achten Armee-Korps einzuwirken, indem hier durchgängig die Zahlenansätze zum höchsten und namentlich beim 1. Korps fast um die Hälfte höher als bei irgend einer anderen Heeresabtheilung sind, während beim 8. Korps allerdings in Berechnung tritt, daß dieses einmal um die 8 Reserve-Regimenter stärker als die übrigen Heertheile ist und sich im Dezember v. J. auch noch vorzugsweise auf dem theilweise beibehaltenen Kriegsstande befand.

Aus polnischen Zeitungen.

[Stiftung einer ewigen Seelenmesse für Karl Sienkiewicz.] Dem Namen des am 7. Februar d. J. in der Hauptstadt Frankreichs verstorbenen polnischen Schriftstellers Karl Sienkiewicz (meldet der „Dz. pozn."), der zu den hervorragendsten und edelsten Männern der Emigration gehört und sich eben so sehr als edler Mensch, wie als enthusiastischer und uneigennütziger Vaterlandsfreund, Forscher und Kenner in polnischen Dingen ausgezeichnet hat, soll für ewige Zeiten durch Fundirung einer Seelenmesse ein frommes Gedächtniß gestiftet werden. Zum Behufe der Betreibung dieser Pietätsangelegenheit, resp. der Sammlung von Beiträgen hat sich in Paris unter dem Vorsitze von Bohdan Zaleski ein Ausschuß aller Parteien der polnischen Emigration gebildet und einen gedruckten Aufruf an sämmtliche polnische Landsleute erlassen. Nach Fundirung der ewigen Seelenmesse will man aus dem etwaigen Ueberschusse auf dem Kirchhofe von Montmorency ein bescheidenes Grabdenkmal errichten und, so weit möglich, für Herausgabe der hinterlassenen Schriften des Verewigten Sorge tragen. Die eingehenden Spenden und alle Einzelheiten über deren Verwendung sollen durch den Druck veröffentlicht werden. In einem jenem Aufrufe angehängten Namenverzeichnisse derjenigen Personen, die um Entgegennahme von Beiträgen ersucht werden, lesen wir, daß im Großherzogthum Posen Frau Constantia Łukaszewicz und die Herren Jan Koźmian und Kasimir Chrzanowski diesem Liebesdienste sich unterzogen haben. △

Telegramm.

Beim Schluß der Zeitung geht uns noch folgendes Telegramm zu:

Berlin, Freitag 20. April, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärten bei Beginn der Verhandlungen über die kurhessische Frage die polnischen Abgeordneten, sie würden sich der Theilnahme an der Diskussion enthalten. Im Verlaufe der Debatten erklärte u. A. der Minister des Auswärtigen, Frhr. v. Schleinitz: Es handle sich bei der vorliegenden Frage nicht bloß um den Rechtszustand eines deutschen Landes, sondern um die Fundamentalsätze der deutschen Bundesrechte. Die hessische Verfassungsfrage sei die deutsche Verfassungsfrage, und darin liege für Preußen der Schwerpunkt der ganzen Angelegenheit. Gestützt darauf, daß der Bundesbeschluß vom 27. März 1852 die Erklärung zuließ, die hessische Verfassung von 1831 sei nur provisorisch aufgehoben, beantragte Preußen die Rückkehr zu der Verfassung von 1831 als Basis fernerer Verhandlungen und Beschlüsse.

Preußen mußte sich unumwunden lossagen von einer Politik, die bis zu den Karlsbader Beschlüssen hinaufreicht und die dem Vaterlande keinen Segen gebracht hat. Der Bundesbeschluß vom 24. März d. J. überschreite entschieden die verfassungsmäßige Kompetenz des Bundestags, und daher habe Seitens der preußischen Regierung nicht bloß ein dissentirendes Votum, sondern eine ausdrückliche Verwahrung eingelegt werden müssen. Die Regierung habe sich die Konsequenzen dieses Schrittes vollkommen klar gemacht, und das Land möge versichert sein, daß sie stets und unabänderlich den Standpunkt festhalten und die Politik verfolgen werde, welche Ehre und Recht ihr vorzeichnen.

(Eingeg. 20. April 2 Uhr 10 Minuten Nachm.)

— Es geht uns so eben noch aus Berlin folgende Notiz zu: Wieder einmal geht das Gerücht, daß der Justizminister Simons seine Entlassung gegeben habe, weil er mit seinen Gesetzentwürfen, namentlich zuletzt mit dem Wuchergesetze beim Herrenhause auf so hartnäckigen Widerstand stoße. Uebrigens steht wohl fest, daß der Justizminister nicht ohne seinen Schwager, den Handelsminister v. d. Heydt geht.

Angekommene Fremde.

Vom 20. April.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Prem. Lieutenant im 10. Inf. Regt. Arretz aus Oels, die Kaufleute Lehmann aus Hirschberg, Mayer aus Stettin und Wahsner aus Glogau.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsb. v. Drzeński aus Borzejewo, v. Węsierski aus Myszki, v. Drzeński aus Neuhausen und v. Radoński aus Bieganowo, Bürgermeister Gabert und Färbermstr. Körtel aus Buk.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.
Rawicz, den 4. Oktober 1859.

Das der Gräfin **Marianne Helene von Mielżynska** gehörige, im **Kröbener** Kreise belegene adelige Rittergut **Smolice**, abgeschätzt auf 100,637 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem III. Bureau einzusehenden Taxe, soll

am 23. Mai 1860 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Posen,
Abtheilung für Civilsachen.
Posen, den 8. Oktober 1859.

Das dem Maschinenbauer **Ferdinand Meißner** gehörige, im Dorfe **Główno**, Posener Kreises, belegene, mit Nr. 2 bezeichnete Wassermühlengrundstück, so wie die demselben gehörige, mit Nr. 1 bezeichnete Wassermühle **Nadolnik**, Posener Kreises, zusammen beide abgeschätzt auf 35,842 Thlr. 28 Sgr. zufolge der, nebst Hypothekenschein, in der Registratur einzusehenden Taxe, sollen am

22. Mai 1860 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger, nämlich:

1) die **Josef** und **Marianna Weise**schen Erben;
2) die Frau **Theophila Katharina Budzyńska** geb. **Weise**, deren Erben oder Rechtsnachfolger;
3) die **Marianna** geb. **Hoffmann**, zuerst verehelichte **Grzybowska**, später verehelichte **Kuklińska**;
4) die **Wanda Febronia Głębocka**;
5) der **Lucas Miecislaus Głębocki**;
6) der Maschinenbauer nnd Eigenthümer **Ferdinand Meißner**

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Möbel- u. Schuhe-Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts hier werde ich **Montag den 23. April c. Vormittags von 9 Uhr ab** in dem **Auktionslokal Magazinstr. Nr. 1**,

Mahagoni- und Birken-Möbel,

als: **ein Mahagoni-Plüschsopha**, einen Schreibsekretär, zwei Sophas, **Spiegel in Goldrahmen** mit Konsolen, Kleider-, Wäsche-, Bücher- und Küchenspinde, Kommoden, Stühle, Sopha-, Spiel- und Schreib-Tische; ferner: Teppiche, Lampen, Gardinen, Bilder, Hausgeräthe 66 Paar neue Damen- und Kinderschuhe und 10 Paar Galloschen

öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. **Zobel**, gerichtlicher Auktionator.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Es werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Sonntag, 22. April Vorm. und Nachm.: Herr Pastor Schönborn.

Ev. Petrikirche:
1) Petrigemeinde. Sonntag, 22. April früh 9 Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Göbel. Abends 6 Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Göbel.
Mittwoch, 25. April Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Wenzel.
2) Neustädtische Gemeinde. Heute Freitag, 20. April, fällt der Gottesdienst aus. Sonntag, 22. April Vorm. 11 Uhr: Herr Konsistorialrath Carus (Abendmahl).
Freitag, 27. April Abends 6 Uhr: Herr Konsistorialrath Carus.

Garnisonkirche. Sonntag, 22. April Vorm.: Herr Div. Pred. Lic. Strauß.

Ev. luth. Gemeinde. Sonntag, 22. April Vorm.: Herr Pastor Böhringer.

In den Parochien der oben genannten Kirchen sind in der Woche vom 13. bis 20. April:
Geboren: 4 männl., 6 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 3 männl., 3 weibl. Geschlechts.
Getraut: 2 Paar.

Familien-Nachrichten.

Unser geliebtes Töchterchen **Helena** ist gestern Nachts 2 Uhr im Alter von 11 Monaten an Krämpfen verschieden. Tief betrübt zeigen dies Freunden und Verwandten ergebenst an

Kürschnermeister **Carl Schultz** nebst Frau.

Posen, den 20. April 1860.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Falkenberg b. Berlin: Frl. Anna Bühler mit Hrn. Kr. Ger. Rath Karl Schneider; Magdeburg: Fräul. Louise Umbreit mit Hrn. Karl Löloff.

Verbindungen. Krahne: Frl. Emilie Hermanni mit dem Kadettenpred. Friedrich Witte; Neunkirchen bei Saarbrücken: Frl. Bertha Stumm mit dem Lieutn. Alexander Schmidt; Segeletz: Frl. Louise Thym mit dem Lieutenant R. Hauschild; Bremen: Frl. Elisabeth Ulrichs mit dem Prof. Dr. Reinhold Pauli.

Geburten. Ein Sohn dem Hauptmann v. Unruh in Spandau, dem Hauptmann Höppener in Neu-Stettin, dem Freiherrn Hoverbeck v. Schönaich in Tromnau, dem Hrn. Friedr. Jacobs in Staßfurt bei Magdeburg, dem Herrn Wilhelm Kuh und dem Hrn. Dr. Polkman in Berlin, dem Hrn. Gustav Wiesert in Halle; eine Tochter dem Hrn. Siegfried Caspary in Berlin, dem Prediger Ribbeck in Penkum, dem Reg. Assessor Kuntze in Züllichau.

Todesfälle. Frau Bertha Senz in Berlin; Landrath a. D. v. Gerlach auf Parsow; Rentier Chr. Friedr. Ilse und Klempnermeister Georg Zezulka in Berlin; Kaufmann Aug. Ed. Metz in Brandenburg; Hauptmann a. D. Ludwig v. Schmidt in Schwerin.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 20. April 1860.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	84	—	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „	99¾	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	104¼	—	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	113¾	—	—
Posener 4 „ Pfandbriefe	—	100	—
„ 3½ „ „	—	89⅞	—
„ 3 „ neue	88	—	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	—	86	—
Posener Rentenbriefe	91	—	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	88	—	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	96	—	—
„ Provinzial-Bankaktien	74	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	86⅞	—
Ausländische Banknoten	—	—	—

Roggen etwas fester bei ziemlich unveränderten Preisen, gekündigt 25 Wispel, pr. April-Mai 44½ bez. u. Gd., pr. Mai-Juni 44½ bez. u. Gd., pr. Juni-Juli 44⅞ bez.

Spiritus (pr. 8000 % Tralles) behauptet, loko (ohne Faß) 16 5/12—16¾ Rt., mit Faß pr. April 16 11/12 bez., pr. Mai 17—1/12 bez., pr. Juni 17⅛ bez., pr. Juli 17⅜ Br., ⅜ Gd.

Posener Marktbericht vom 20. April.

	von Rt	von Sgr	von Pf	bis Rt	bis Sgr	bis Pf
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	20	—	2	25	—
Mittel-Weizen	2	15	—	2	17	6
Bruch-Weizen	2	7	6	2	10	—
Roggen, schwerer Sorte	1	26	3	1	28	9
Roggen, leichtere Sorte	1	22	6	1	25	—
Große Gerste	1	23	9	1	25	—
Kleine Gerste	1	20	—	1	22	6
Hafer	1	1	3	1	2	6
Kocherbsen	2	—	—	2	2	6
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	12	6	1	15	—
Kartoffeln	—	15	—	—	17	6
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	—	—	2	10	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	10	15	—	11	15	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 19. April per 100 Qrt. à 80 % Tr.	16	10	—	16	17	6
„ 20. „	16	12	6	16	22	6

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 19. April Vorm. 7 Uhr 7 Fuß 8 Zoll.
„ 20. „ „ „ 7 „ 3 „

Produkten-Börse.

Berlin, 19. April. Wind: Nord. Barometer: 27¹⁰. Thermometer: früh 4° +. Witterung: regnigt.

Weizen loko 62 a 75 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 48¾ a 50¼ Rt., p. Frühjahr 48 a 48⅜ Rt. bez., 48¾ Br., 48½ Gd., p. Mai-Juni 48 a 48⅛ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 48¼ a 48¾ Rt. bez., Br. u. Gd., p. Juli-Aug. 48¾ Rt. bez.

Große Gerste 39 a 45 Rt.

Hafer, loko 29 a 32 Rt., p. Frühjahr 29 a 29¼ Rt. bez. u. Gd., p. Mai-Juni 29 a 29¼ Rt. bez. u. Gd., p. Juni-Juli 29¾ Rt. bez. u. G.

Rüböl, loko 10⅔ Rt. Br., April-Mai 10½ a 10 7/12 Rt. bez., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 10⅔ Rt. bez. u. Gd., 10¾ Br., p. Sept. 11 13/24 Rt. bez., p. Septbr.-Oktbr. 11½ a 11⅝ a 11 7/12 Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus, loko ohne Faß 17 17/24 a 17⅝ Rt. bez., p April-Mai 17⅞ a 17⅝ Rt. bez. u. Gd., 17¾ Br., p. Mai-Juni 17⅝ a 17¾ Rt. bez. u. Gd., 17⅞ Br., p. Juni-Juli 18⅛ a 18⅓ a 18¼ Rt. bez. u. Gd., 18⅓ Br., p. Juli-August 18¼ a 18⅔ a 18 7/12 Rt. bez. u. Gd., 18⅔ Br., p. Aug.-Septbr. 18⅝ a 18⅞ Rt. bez., Br. u. Gd.

Weizenmehl 0. 4½ a 4⅝ Rt., 0. u. 1. 4⅛ a 4⅜ Rt. — Roggenmehl 0. 3⅞ a 3 11/12 Rt., 0. u. 1. 3 5/12 a 3⅔ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 19. April. Wetter: regnig. Wind: NW. Temperatur + 10° R.

Weizen, loko p. 85pfd. gelber 73—75 Rt. bez., p. Frühjahr 85pfd. gelber 75 Rt. bez., inländ. vorpomm. 76 Rt. Br., p. Mai-Juni gelber inl. 75 Rt. bez., vorpomm. 76 Rt. Br.

Roggen, loko p. 77pfd. 46¼, ½, 47 Rt. bez., 77pfd. p. Frühjahr 45½, ¼, ½ Rt. bez. u. Br., p. Mai-Juni 45¼, 45⅛, 45 Rt. bez., p. Juni-Juli 45½ Rt. bez., p. Juli-August 45⅞ Rt. bez.

Gerste, loko p. 70pfd. eine Ladung vorpomm. 41½ Rt. bez.

Hafer 31—32 Rt.

Rüböl, loko 10¾ Rt. Br., p. April-Mai 10½ Rt. bez. u. Gd., p. Septbr.-Oktbr. 11⅛ Rt. Br.

Spiritus, loko ohne u. mit Faß 17⅞ Rt. bez., p. Frühj. 18, 17⅞ Rt. bez. u. Gd., 18 Br., p. Mai-Juni 18 Rt. bez., 17 11/12 Br., p. Juni-Juli 18⅓ Rt. bez., 18¼ Br., p. Juli-August 18½ Rt. bez. u. Gd., 18⅔ Br. (Ostf. Z.)

Breslau, 19. April. Schönes Wetter bei warmer Temperatur, früh + 6°.

Weißer Weizen 68—74—77—84 Sgr., gelber 68—70—74—81 Sgr.

Roggen 54—56—58—60½ Sgr.

Gerste 44—46—47—50 Sgr.

Hafer 28—30—32½ Sgr.

Oelsaaten. Raps 90—96 Sgr. nominell. Schlaglein 4½—5½ Rt. p. 150 Pfd. Btto.

Rother Kleesamen ordinärer 7½—8½ Rt., mittler 8¾—9½ Rt., feiner 10—10¾ Rt., hochfeiner 11½ Rt., weißer ord. 16—18½ Rt., mittler 19—20 Rt. feiner 20½—21½ Rt., hochfeiner 22—23 Rt.

An der Börse. Rüböl, loko 10 5/12 Rt. Br., p. April u. April-Mai 10½ Rt. Br., p. Mai-Juni 10 5/12 Rt. Br., p. Sept.-Oktbr. 11 Rt. Br.

Roggen, p. April u. p. April-Mai 43 Rt. bez. u. Gd., 43¼ Br., p. Mai-Juni 43—43¼ Rt. bez. p. Juni-Juli 43½—43¾ Rt. bez.

Spiritus, loko 16⅛ Rt. Gd., p. April u. p. April-Mai 16¾ Rt. Gd., p. Mai-Juni 16⅞ Rt. Gd., p. Juni-Juli 17 1/12 Rt. Gd.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16 5/12 Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Liverpool, 19. April. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise theilweise ⅛ niedriger als vergangenen Freitag.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 19. April 1860.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	71 G
Aachen-Mastricht	4	16¼ G
Amsterd. Rotterd.	4	70½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	76-77 bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	105-¼ bz
Berlin-Hamburg	4	104 G
Berl. Potsd. Magd.	4	126 G
Berlin-Stettin	4	97 G
Bresl. Schw. Freib.	4	80½ bz
Brieg-Neiße	4	51½-52 bz
Cöln-Crefeld	4	75 bz
Cöln-Minden	3½	125 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	4	— —
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	126½-¾ bz
Magdeb. Halberst.	4	181 G
Magdeb. Wittenb.	4	33 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	96 bz
Mecklenburger	4	45-½ bz u G
Münster-Hammer	4	— —
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	89⅞ bz
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	47-¼ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	115½-17½ bz
do. Litt. B.	3½	109 G
Oest. Franz. Staat.	5	137¼-½ bz u G
Oppeln-Tarnowitz	4	29 G
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	47½ B
Rheinische,	4	79¾-80¼ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	41 G
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	79½ bz
Thüringer	4	97½ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	117¼ G
Berl. Handels-Ges.	4	76¾ B
Braunschw. Bk. A.	4	66 Kl bz u B
Bremer do.	4	95 G
Coburg. Kredit-do.	4	48 G
Danzig. Priv. Bk.	4	80¾ G
Darmstädter abgst.	4	60¼ G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	88½ G
Dessauer Kredit-do.	4	16¼ bz
Disk. Comm. Anth.	4	78½-79 bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	25 bz u B
Geraer do.	4	70 etw bz
Gothaer Priv. do.	4	70 B
Hannoversche do.	4	89 B
Königsb. Priv. do.	4	82½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	55 B
Luxemburger do.	4	68¾ G
Magdeb. Priv. do.	4	74½ Kl bz
Meining. Kred. do.	4	62 B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	81 G
Oestr. Kredit- do.	5	69½-70-69¾ bz
Pomm. Ritt. do.	4	74¾ B
Posener Prov. Bank	4	73½ etw bz u B
Preuß. Bank-Anth.	4½	127½ bz
Rostocker Bank Akt.	4	100 G
Schles. Bank Verein	4	71¼ G
Thüring. Bank-Akt.	4	49 G
Vereinsbank, Hamb.	4	97¾ G
Waaren-Kred. Anth.	5	90⅜-½ bz u B
Weimar. Bank-Akt.	4	79 bz

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	84⅛ G
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	60¼ bz u G
Hörder Hüttenv. Ak.	5	63½ G
Minerva, Bergw. A.	5	27 G
Neustädt. Hüttenv. A	5	4⅞ G p. Stck.
Concordia	4	— — [fco. Zins.
Magdeb. Feuerverf. A	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	101 G
do. II. Ser.	5	100¼ B
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	72 B
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	80¾ B
do. II. Ser.	4½	— —
Berlin-Anhalt	4	95¼ G
do.	4½	98½ G
Berlin-Hamburg	4½	102 G
do. II. Em.	4½	101½ G
Berl. Pots. Mg. A.	4	— —
do. Litt. C.	4½	98⅛ bz
do. Litt. D.	4½	97¼ G
Berlin-Stettin	4½	99½ B
do. II. Em.	4	83½ bz
do. III. Em.	4	81¼ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	100 G
do. II. Em.	5	102½ G
do.	4	— —
do. III. Em.	4	81½ G
do.	4½	88¾ bz
do. IV. Em.	4	79½-⅜ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	90¼ G
do. conv.	4	90 G
do. conv. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	5	— —
Nordb., Fried. Wilh	4½	100 G
Oberschles. Litt. A.	4	92 G
do. Litt. B.	3½	78½ G, C. —
do. Litt. D.	4	84¾ B
do. Litt. E.	3½	72½ B
do. Litt. F.	4½	89 B
Oestreich. Französ.	3	252 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	— —
do. v. Staatgarant.	3½	— —
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	— —
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	100⅜ bz
do. III. Ser.	4½	98¾ G
do. IV. Ser.	4½	95 bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	99¾ bz
Staats Anl. 1859	5	104 B
do.	4½	99⅜ bz
do. 1856	4½	99⅜ bz
do. 1853	4	93 bz
N. Präm St A 1855	3½	113½ bz
Staats-Schuldsch.	3½	83½ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	82½ G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	99 G
do. do.	3½	81¼ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	103¾ B
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87¾ bz
do.	4	97¾ B
Ostpreußische	3½	81¼ bz
do.	4	90 bz
Pommersche	3½	85¾ G
do. neue	4½	94⅞ bz
Posensche	4	— —
do.	3½	— —
do. neue	4	87¾ bz
Schlesische	3½	86¼ G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	81¼ G
do.	4½	90 B
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	93⅜ bz
Pommersche	4	92½ bz
Posensche	4	90¾ bz
Preußische	4	91¾ bz
Rhein- u. Westf.	4	92 B
Sächsische	4	93 bz
Schlesische	4	92⅞ bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	51 G
do. National-Anl.	5	58⅝-⅞ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	70½ bz
do. neue 100fl. Loose	—	49½ etw -50 bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	94¾ G
6. do.	5	104¾ G
Englische Anl.	5	106¼ G
N. Russ. Egl. Anl.	3	62⅜ bz
Poln. Schatz-O.	5	83¾ etw -84 bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	4	92¾ etw bz
do. B. 200 Fl.	—	22¾ G
Pfdbr. u. in S R.	4	86¾ bz u G
Part. O. 500 Fl.	4	90 G
Hamb. Pr. 100 BM	—	84½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	41¾ bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	29¾ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	91¼ G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 2⅜ G
Louisd'or	—	108⅞ bz
Sovereigns	—	6. 19¼ B
Napoleonsd'or	—	5. 9 B
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	453 G
Dollars	—	1. 11 G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 20 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz u G
Fremde Banknot.	—	99¼ bz u G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz u G
Fremde kleine	—	99¼ bz u G
Oestr. Banknoten	—	74¾ bz
Poln. Bankbillet	—	87⅝ bz u G

Wechsel-Kurse vom 19. April.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141⅞ bz
do. 2 M.	3	141⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2	150⅛ bz
do. do. 2 M.	2	149⅞ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6 17⅜ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	78 11/12 G
Wien öst. W. 8 T.	—	74½ bz
do. do. 2 M.	6	74 bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 bz
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅜ G
do. do. 2 M.	4	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	4	97 bz
Bremen 100 Tlr. 8 T	3½	108 bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	87¾ etw bz u G
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die Börse war heute im Ganzen fest, in Eisenbahnaktien meistens ansehnlich höher.

Breslau, 19. April. Angenehmere Stimmung bei etwas höheren Kursen der östreichischen Spekulations-Papiere. Preußische Eisenbahnaktien fest und beliebt, Fonds gut zu lassen.

Schlußkurse. Darmstädter Bank-Aktien —. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 69½ bez. u. Br. Schlesischer Bankverein 71¼ Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 81 Br. dito 4. Emiss. —. dito Prior. Oblig. 82 11/12 Br. dito Prior. Oblig. 89¾ Gd. Köln-Mindener Stamm-Aktien —. Köln-Mindener Priorit. 79 11/12 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn —. Mecklenburger —. Neisse-Brieger 50 7/12 Gd. Niederschlesisch-Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 115⅞ Gd. dito Lit. B. 108¾ Gd. dito Prior.-Obligat. 84 11/12 Br. dito Prior. Oblig. 88 7/12 Gd. dito Prior. Oblig. 72¾ Br. Oppeln-Tarnowitzer 28¾ Gd. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 30 1/12 Gd. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Pr. Obl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Amsterdam, Donnerstag, 19. April, Nachmittags 4 Uhr. Der Kurs der 3% Rente aus Paris von Mittags 1 Uhr war 69, 95, von Mittags 1½ Uhr 69, 90, der des Kredit mobilier 780 gemeldet.

Schlußkurse. 5proz. Oestr. Nat. Anl. 55¼. 5proz. Metalliques Lit. B. 70⅞. 5% Metalliques 47 13/16. 4½proz. Metalliques 25¾. 1proz. Spanier 35 1/16. 3proz. Spanier 44 7/16. 5proz. Russen 90¼. 5proz. Russen Stieglitz de 1855 99½. Mexikaner 20 5/16. Londoner Wechsel, kurz 11, 70. Wiener Wechsel, kurz 85½. Hamburger Wechsel 35¼. Petersburger Wechsel 1, 68. Holländische Integrale 63 15/16.

London, Donnerstag, 19. April, Nachmittags 3 Uhr. Silber 61⅞. — Wetter kalt.
Konsols 94⅞. 1proz. Spanier 35½. Mexikaner 21⅝. Sardinier 84. 5proz. Russen 108. 4½proz. Russen 97.
Die Dampfer „City of Washington“ und „Bohemian“ sind aus Newyork eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.